

DP

DEUTSCHE POLIZEI

05/24

Das Magazin
der Gewerkschaft
der Polizei



Vertrauensleute
**Für dich
im Einsatz.**



Polzeiversicherung an alle: Status 1 auf Instagram!

Von Euch – für Euch!

PVAG für alle: Bitte folgen auf Instagram. Über 130 Spezialisten im ganzen Land sind seit langem Eure Experten für Versicherung und Vorsorge.

Auf Instagram erwarten Euch dazu mehr Service und Informationen. Gemeinsame Aktionen, Events vor Ort und Gewinnspiele für Goodies oder Veranstaltungen – der QR-Code bringt Euch direkt zu „pvag.de“. Es lohnt sich. Wir freuen uns auf Euch.

In diesem Sinne: „Folgt dieser Seite auffällig“.

PVAG
Die Polizeiversicherung

DAS GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN VON



Gewerkschaft
der Polizei

SIGNAL IDUNA 

Profiberatung in Deiner Nähe

PVAG Polizeiversicherungs-AG

Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund

Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de
www.pvag.de



Besucht uns auf Instagram!

Titel

- 2 **Vertrauensleute**
Florida, Kalifornien, Sachsen-Anhalt

Innenleben

- 10 Fußball-EM 2024 „to go“

Rollenbilder im Wandel



- 11 Frauen in muslimischen Communities – Frauen in der Polizei
- 12 Sexuelle Belästigung in der Polizei im Fokus
- 14 Frauen in der GdP – Für uns, für morgen

Personalratswahlen 2024



- 16 Durch Dickicht und dünn
- 19 Gemeinsam für Vielfalt und Toleranz
- 20 Unterm Strich
- 21 Anregungen erhalten – Netzwerke bilden
- 22 Mitgliederbindung und Rentenfragen im Mittelpunkt

Cannabisgesetz (CanG)



- 24 Legalisierung konstruktiv begleitet
- 26 Vorbildliches Engagement ausgezeichnet
- 27 Großlagen bewältigen
- 30 Eine queere Zwischenbilanz

Tarif

- 34 Atomisierung? Nicht mit uns!

Hingeschaut

Wie ist das eigentlich...?



- 36 Gehörlos im Polizeidienst
- 38 Unzureichende Ausrüstung für den Schutz der kritischen Infrastruktur
- 40 Werbungskosten für Pensionärinnen und Pensionäre

40 Impressum

Schwerpunkt



- 5 So funktioniert die EU



- 6 Mehr Kompetenzen für Europol
- 7 Europäische Sicherheit gemeinsam gestalten
- 9 Die GdP dankt Friedrich von Heusinger



VERTRAUENSLEUTE

Florida, Kalifornien, Sachsen-Anhalt

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat 2023 zum Jahr der Vertrauensleute erklärt. 2024 setzen wir die Serie fort und stellen die Menschen vor, die das grüne Herz bis in die letzte Dienststelle der Republik schlagen lassen. In dieser Ausgabe treffen wir Tino Franke aus Sachsen-Anhalt. Ein Gespräch über die wilden Wendejahre, Miami Vice und den GdP-Schwimmflügelverleih.

Danica Bensmail

Lokführer, Cowboy, Astronaut? Diese Frage stellte sich für Tino Franke nie. Der heutige Polizeioberrat wusste schon früh, wie er sein späteres Berufsleben gestalten wollte: „In der DDR wurden wir als Kinder und Jugendliche jedes Jahr dazu befragt, welchen Beruf wir später ausüben möchten“, erzählt der Sachsen-Anhalter. „Ich habe zuerst immer Kriminalist

angegeben und dann Förster.“ So oder so: Mit der grünen Dienstbekleidung hat’s am Ende ja auf jeden Fall geklappt.

Runter vom Rad!

Sein erster Kontakt mit der Polizei ist Tino bis heute in lebhafter Erinnerung geblieben: „Mein Freund und ich sind mit dem Fahrrad verkehrt herum in eine Einbahnstraße

gefahren. Da kam uns der Abschnittsvollmächtige entgegen, also der örtliche Polizist. Zu meiner Kindheit wurde das polizeiliche Gegenüber nicht so wie heute gestreichelt. Da gab es einen ordentlichen Anranzer: Mach, dass du runterkommst von deinem Rad und schieb‘. So, wie der kleine Junge da. Der macht das richtig“, erzählt Tino und schmunzelt. „Darauf habe ich geantwortet: Der kleine Junge ist mein Freund und zwei Jahre älter als ich. Das kam nicht so gut an.“ Hoppla!

Miami – Beverly Hills – Magdeburg

Anranzer hin oder her: Nach dem Abitur erfüllt sich Tinos Kindheitswunsch. 1993 beginnt er seine Ausbildung bei der Polizei. Die Wendejahre seien eine aufregende Zeit gewesen, erinnert sich der Gewerkschafter. „Unsere Breitengrade waren gefühlt ein rechtsfreier Raum. Es gab rumänische Tä-



POK Tino Franke ist seit 1993 in der Polizei und fast genauso lange in der GdP. Seit 2009 ist er aktives Gewerkschaftsmitglied im Salzlandkreis in Sachsen-Anhalt und führt seit 2011 die Geschäfte der gleichnamigen Kreisgruppe. Seit mittlerweile zehn Jahren engagiert er sich als Vertrauensmann für seine Kolleginnen und Kollegen.

Kay Hessehmann

terbanden, die gewildert haben. Man hat öfter mal Schüsse gehört. Und die Rechtslage war so kurz nach der Wende noch gar nicht richtig geklärt.“ All das habe auch dazu beigetragen, dass er sich noch intensiver mit dem Polizeiberuf auseinandergesetzt habe. „Naja, und auch ein bisschen wegen Miami Vice und Beverly Hills Cop“, sagt Tino und lacht.

Strafverfahren eingestellt

Bereits in der Ausbildung stellt der damalige Polizeianwärter fest, wie wichtig eine starke Gewerkschaft im Ernstfall sein kann. „Im Praktikum habe ich eine Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung kassiert“, erzählt Tino. Ein polizeilich bekannter Straftäter habe ihn als festnehmenden Beamten angezeigt – und das ausgerechnet kurz vor seiner Ernennung zum Polizisten! Das Problem: Ein laufendes Strafverfahren steht der Ernennung entgegen. „Die GdP hat es aber geschafft, das Verfahren zu beschleunigen, sodass die Staatsanwaltschaft nach meiner polizeilichen Vernehmung am Tag der Ernennung den Fall eingestellt hat.“ Ende gut, alles gut. GdP sei Dank!

Die halbe Miete

Seit 2009 ist Tino in der GdP für die Kreisgruppe Salzlandkreis aktiv, zunächst als Unterstützung des Vorsitzenden. 2011 übernimmt er schließlich die Geschäfte und ist

seit 2014 als Vertrauensmann für die Kolleginnen und Kollegen in Bernburg unterwegs. „Anfangs wusste ich gar nicht, dass es Vertrauensleute in der GdP gibt.“ Und genau deswegen habe er sich als Vertrauensmann ausbilden lassen. „Ich hätte so eine Vertrauensperson in der Vergangenheit nämlich auch dringend gebraucht“, sagt Tino mit nachdenklicher Stimme. Gehe man allein in schwierige Gespräche mit der Führung, werde man dort oft abgekanzelt. „Unsere Erfahrung zeigt: Mit einer GdP-Vertrauensperson an deiner Seite ist die Kommunikation mit der Behörde gleich eine ganz andere. Und das ist schon die halbe Miete.“

Darum mache ich das

Tino erinnert sich an einen solchen Fall: „Wir hatten einen sehr guten Praktikanten. Der wäre beinahe aus dem Dienst entlassen worden, weil er eine Schwimmnorm nicht erfüllen konnte.“ Der Kollege selbst hätte innerlich schon mit seiner Laufbahn bei der Polizei abgeschlossen. „Er hat resigniert. Dabei ist er eigentlich kein Typ, der den Kopf einfach so in den Sand steckt“, sagt Tino. Der Vertrauensmann sucht daraufhin den Kontakt zur Fachhochschule. Mit Finesse und viel Fingerspitzengefühl gelingt es ihm, für den Anwärter eine Fristverlängerung zur erwirken. „Der Kollege hat am Ende die Schwimmnorm erfüllt und ist jetzt ein glücklicher Beamter in dem Bereich, in dem er auch arbeiten wollte. Und genau darum bin ich gerne Vertrauensmann“, sagt Tino. Die GdP verleiht Flügel – Schwimmlügel. Stark!

Nicht ohne meine Gewerkschaft!

Die GdP stehe den Kolleginnen und Kollegen jederzeit verlässlich zur Seite, betont

Tino. „Wenn Beamte nach der Wiedereingliederung zu ihren Gesprächen müssen, sind wir als Vertrauensleute oft von Anfang bis Ende dabei.“ Neben Wiedereingliederungsgesprächen sei die viel zitierte „Work-Life-Balance“ ein weiteres Thema, das die Polizeibeschäftigten im Salzlandkreis umtreibe. „Natürlich ist nicht alles umsetzbar. Aber, wenn es Dienstvereinbarungen zwischen dem Polizeihauptpersonalrat und der Innenministerin über familienfreundliche Arbeitszeiten gibt, die von den Vorgesetzten ignoriert werden, ...“, sagt der Gewerkschafter, bevor seine Stimme abrupt abbricht und er verärgert den Kopf schüttelt. Insbesondere für die jüngeren Kollegen sei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Thema. „Die wissen nicht, wie sie im Schichtdienst unter diesen Umständen ihren Elternpflichten nachkommen sollen. Wenn ihnen nur gesagt wird: Sieh zu, wie du das geregelt bekommst, ist das belastend.“ Ein gutes Gefühl zu wissen, dass es Vertrauenspersonen wie Tino Franke gibt. Die mit den Antworten. Die Händchen halten, wenn es allein nicht mehr geht. Die verlässlich da sind, wo sie gebraucht werden.

„Die Herausforderungen im Polizeidienst nehmen stetig zu“, stellt der Vertrauensmann fest. Wie man damit umgehe, sei am Ende des Tages oftmals eine Frage der eigenen Haltung. Gerade in Zeiten zunehmender Belastung sei es wichtig kurz innezuhalten. „Ich würde gerne einen Satz teilen, der für uns Polizistinnen und Polizisten sehr treffend ist. Viele von uns verbringen schließlich ihr gesamtes Arbeitsleben in diesem Beruf“, sagt Tino und zitiert Franz Kafka: „Jeder, der sich die Fähigkeit erhält, schönes zu erkennen, wird nie alt werden.“ ■

Vertrauensmann Tino Franke: Ließ die DP-Vernehmung geduldig über sich ergehen.



Kay Hessehmann



448.000.000

Menschen leben in den 27 Mitgliedsstaaten der EU



75%

Erwerbstätigenquote in der EU



3,4%

Wirtschaftswachstum in der EU

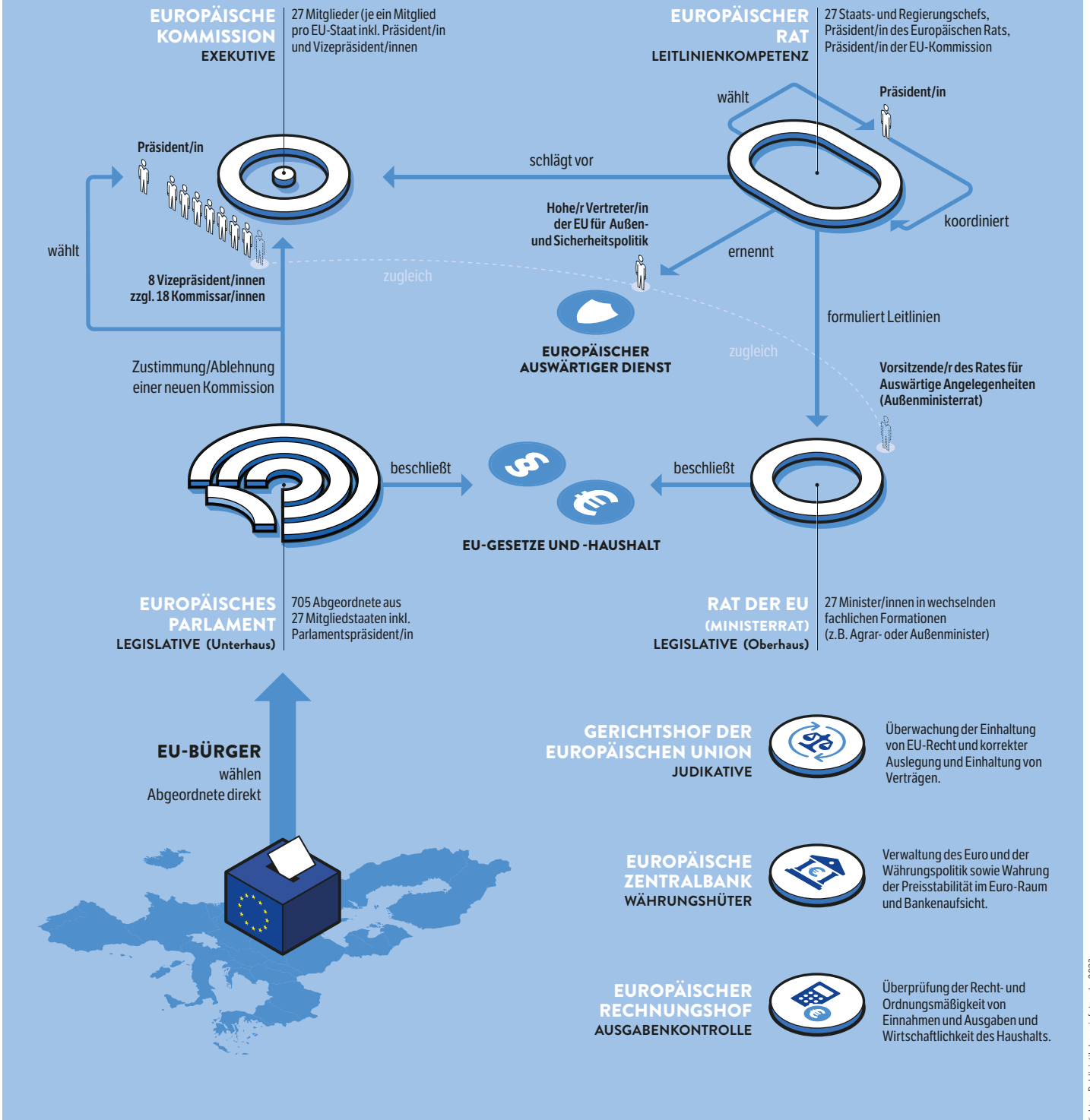


-28%

Treibhausgase seit 1990 in der EU



Die 7 Organe der Europäischen Union



So funktioniert die EU

651 Kilometer Luftlinie trennen Berlin von Brüssel. Doch viele der politischen Entscheidungen, die in Europas Hauptstadt getroffen werden, haben direkten Einfluss auf den Alltag der Menschen in der Bundesrepublik. Im Vorfeld der Europawahl am 9. Juni gibt DP einen Einblick in die zentralen Organe der EU, ihren Gesetzgebungsprozess und stellt die wichtigsten europapolitischen Positionen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor.

Danica Bensmail



Das EU-Parlament.



Innere Sicherheit

Europol

EU-Agentur für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Strafverfolgung

CEPOL

EU-Agentur für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung

EBDD

Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht

Frontex

Agentur für die Zusammenarbeit an den EU-Außengrenzen



Justiz

Der Rat für Justiz und Inneres

Zentrales Entscheidungsgremium der EU in Fragen der europäischen Innen- und Justizpolitik.

Generaldirektion Justiz und Verbraucher

Entwicklung und Umsetzung der Kommissionsstrategien für Justiz und Grundrechte sowie Verbraucher



Verkehr

Generaldirektion MOVE

Entwicklung und Umsetzung der Kommissionsstrategien für Mobilität und Verkehr



Digitalisierung

Digitale Souveränität in der EU

Politikfelder:

- Digitale Souveränität (DSA und DMA)
- Cybersicherheit
- Schlüsseltechnologien
- Cloudentwicklung
- Digitale Infrastruktur

Digital Services Act (DSA)

Regelt seit dem 17. Februar 2024 die Aktivitäten von Anbietern digitaler Dienste innerhalb der EU. Soll zusammen mit dem Digital Markets Act (DMA) zu einer Art Grundgesetz für das Internet werden.

Ziel sind Grundregeln für das Marktverhalten von digitalen Diensteanbietern und Rechtsschutzmöglichkeiten für Verbraucher/innen in der EU.

Europäischer Datenschutzausschuss (EDSA)

Unabhängiges Gremium die Sicherstellung der einheitlichen Anwendung der Datenschutzvorschriften und Förderung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Datenschutzbehörden

Europäischer Staatenverbund im Zeitverlauf

mit Beitrittsjahr in die Europäische Gemeinschaft (EG) bzw. Europäische Union (EU)

EG 6 1957

Belgien
Deutschland
Frankreich
Italien
Luxemburg
Niederlande

EG 9 1973

Dänemark
Irland
Vereinigtes Königreich

EG 10 1981

Griechenland

EG 12 1986

Portugal
Spanien

EU 15 1995

Finnland
Österreich
Schweden

EU 25 2004

Estland
Lettland
Litauen
Malta
Polen
Slowakei
Slowenien
Tschechische Republik
Ungarn
Zypern

EU 27 2007

Bulgarien
Rumänien

EU 28 2013

Kroatien

EU 27 2020

Austritt
Vereinigtes Königreich

Mehr Kompetenzen für Europol

Einem Bericht der europäischen Polizeibehörde zufolge sind derzeit 821 Banden mit über 25.000 Mitgliedern in der Europäischen Union aktiv. Die gefährlichsten von ihnen wurden in einem Bericht des Redaktionsnetzwerkes Deutschland (RND) dargestellt. Der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke sprach in diesem Zusammenhang mit dem Medium über die Rolle von Europol.

MICHAEL ZIELASKO

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert mehr Befugnisse für die europäische Polizeibehörde. „Aus unserer Sicht sehr wichtig ist es, dass Europol für eine verbesserte, wirksamere Kriminalitätsbekämpfung, auch mit Blick auf die Bandenkriminalität, operativ tätig werden kann“, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke dem RND. „Die Europol-Analyse macht deutlich, dass sich Europa polizeilich von seinen Grenzen lösen muss.“ Zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Polizeiarbeit in Europa forderte er die gezielte Förderung von Leuchtturmprojekten, wie der transnationalen Deutsch-Französische Einsatzeinheit.

Europol muss operativ arbeiten

Die Europol-Analyse mache deutlich, dass sich Europa polizeilich von seinen Grenzen lösen müsse. Nationale Grenzen würden für Kriminelle an Bedeutung verlieren, sagte Kopelke. „Aus unserer Sicht sehr wichtig ist es, dass Europol für eine verbesserte, wirksamere Kriminalitätsbekämpfung, auch mit Blick auf die Bandenkriminalität, operativ tätig werden kann.“ Begrüßenswert sei auch, dass Bundesinnenministerin Nancy Faeser mit meh-

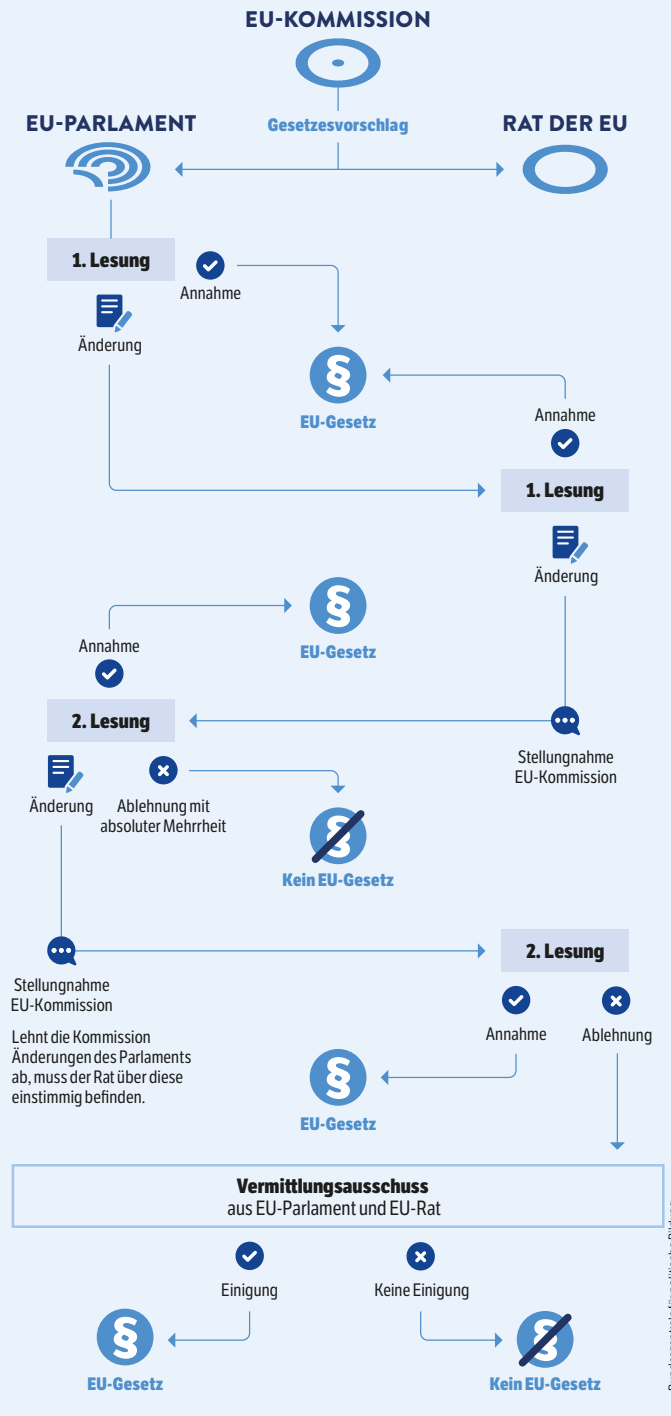
renen südamerikanischen Staaten Absichtserklärungen zur verstärkten Kooperation im Sicherheitsbereich, vor allem der Drogen- und Organisierten Kriminalität, vereinbart habe, stellte der GdP-Chef fest.

Praxisrelevante Erkenntnisse

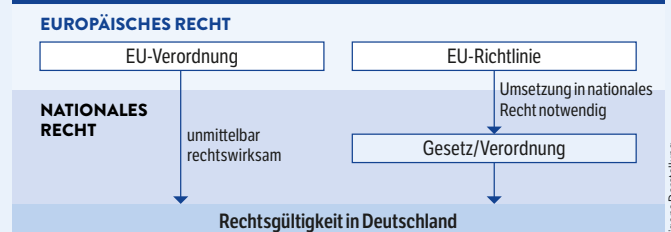
Auf europäischer Ebene bedürfe es verstärkter Anstrengungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Schaffung einheitlicher Instrumente sowie eines leichteren Informations- und Datenaustauschs für die nationalen Polizeibehörden. Die Harmonisierung nationaler Vorschriften muss weiter vorangetrieben werden. Ebenso solle gezielter polizeirelevante Sicherheitsforschung, im Bereich Technologie betrieben und gefördert werden. „Dies würde wichtige praxisrelevante Erkenntnisse liefern, um die Polizeiarbeit grenzüberschreitend zu verbessern“, stellte Kopelke fest.

Die GdP fordert zudem eine europäische Schwerpunktsetzung auf die Bekämpfung von Waffenschmuggel, illegalem Drogenhandel, Cybercrime, sexuellem Kindesmissbrauch und Menschenhandel. „Das Europaparlament sollte seinen Einfluss geltend machen und den Fokus auf diese Delikte in der künftigen europäischen Politik der Inneren Sicherheit fixieren“, betonte der Gewerkschafter. ■

Wie EU-Gesetze entstehen



Von EU-Recht zu nationalem Recht



EUROPA
WAHL
2024



Europäische Sicherheit gemeinsam gestalten

Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen. Es herrscht wieder Krieg in Europa. Die Kriminalität macht vor den Ländergrenzen keinen Halt. Vor dem Hintergrund der Europawahl am 9. Juni gibt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die folgenden Impulse.

Danica Bensmail

1

Das Politikfeld „Europäische Innere Sicherheit“ aufwerten

Die GdP empfiehlt die Schaffung eines spezialisierten Parlamentsausschusses im Europäischen Parlament, der sich gezielt mit innerer Sicherheit befasst. Dessen Aufgabe wäre es, gezielt politische Maßnahmen für das Politikfeld zu erarbeiten. Auch Themen der Polizeibeschäftigten oder gemeinsame politische Leitlinien in der Ausgestaltung der Inneren Sicherheit könnten in diesem Zuge beraten und beschlossen werden.

2

Gute Arbeitsstandards bei gemeinsamen Einsätzen sicherstellen

Einheitliche und hohe Standards für Polizeibeschäftigte bei gemeinsamen Einsätzen in europäischen Agenturen müssen gewährleistet werden. Bei europäischen Agen-

turen wie FRONTEX oder Europol arbeiten Polizeibeschäftigte aller EU-Mitgliedstaaten zusammen. Zusätzlich wirken Polizeibeschäftigte weltweit in zivilen Missionen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Auffällig ist der Mangel gleicher Standards. Arbeitszeiten, Urlaubregelungen oder Entschädigungen bei Verletzungen im Einsatz unterliegen unterschiedlichen nationalstaatlichen Regularien. Wir brauchen einheitliche, hohe Standards für den gemeinsamen Einsatz.

3

Mitbestimmung für Beschäftigte in Auslandsverwendungen verbessern

Die GdP fordert rechtsverbindliche Regelungen auf europäischer Ebene, um die Mitbestimmung Polizeibeschäftigter in internationalen Polizeimissionen sicherzustellen. Aus Sicht der Beschäftigten besteht auf europäischer Ebene ein starkes Mitbestimmungsdefizit und Klärungsbedarf bei der Zuständigkeit und Begleitung interna-

ler Polizeimissionen. Eine rechtsverbindliche Regelung für die Beschäftigtenvertretung der Polizeien auf europäischer Ebene ist unerlässlich. Nur so ist sichergestellt, dass alle Belange der Beschäftigten rechtzeitig erkannt und durch eine starke Mitbestimmung entschieden werden.

4

Förderung grenzüberschreitender polizeilicher Zusammenarbeit intensivieren

Die GdP betont die Notwendigkeit einer verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizeien und Sicherheitsbehörden in Europa und der Schaffung eines klaren Rahmens für gemeinsame Polizeiarbeit. Die Polizeien der europäischen Mitgliedstaaten unterliegen unterschiedlichen nationalen Vorschriften, während nationale Grenzen für Kriminelle an Bedeutung verlieren. Daher bedarf es auf europäischer Ebene verstärkter Anstrengungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Schaffung einheitlicher Instrumente sowie eines leichteren Informations- und Datenaustauschs für die nationalen Polizeibehörden. Die europäische Ebene die Harmonisierung nationaler Vorschriften weiter vorantreiben.

5

Zugang zu europäischen Austauschprogrammen erleichtern

Grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit kann nur dann reibungslos funktionieren, wenn neben rechtlichen Rahmenbedingungen auch die kulturelle und sprachliche Integration der Polizeien europaweit verbessert wird. Das europäische Austauschprogramm Erasmus+ muss für Polizeibeschäftigte ausgeweitet und der Zugang erleichtert werden. Das Budget des Erasmusprogramms muss aufgestockt und die Zugänge zum Programm für Beschäftigte von Polizei- und Sicherheitsbehörden erleichtert werden.

6

Europäischer Aktionstag: „Tag der Polizei“

Mit vollem Einsatz und Idealismus gewährleisten die Beschäftigten von Polizei- und Sicherheitsbehörden in ganz Europa 365 Tage im Jahr unsere Sicherheit und Freiheit. Ihre Erfahrungen im Dienst prägen sie weit über den Ruhestand hinaus. Um ihre Verdienste gegenüber der Gesellschaft wertzuschätzen, schlägt die GdP die Einführung eines „Tags der Polizei“ am 1. Oktober jeden Jahres als europäischen Aktionstag vor. Dieser Tag sollte auch genutzt werden, um das Bewusstsein für die zentrale Rolle der Polizei und Sicherheitsbehörden bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und des sozialen Zusammenhalts zu schärfen.

7

Schwerpunktsetzung: Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität

Die GdP fordert, eine Schwerpunktsetzung auf die Bekämpfung von Waffenschmuggel, illegalem Drogenhandel, Cybercrime, sexuellem Kindesmissbrauch und Menschenhandel vorzunehmen. Das Europaparlament muss hier seinen Einfluss geltend machen und für eine gezielte Schwerpunktsetzung für die europäische Politik der Inneren Sicherheit der nächsten Jahre sorgen.

8

Gewalt gegen Frauen beenden

Um Gewalttaten gegen Frauen zu verhindern und zu bestrafen, müssen grenzüberschreitende Maßnahmen ergriffen werden. Die geplante EU-Gewaltschutzrichtlinie sollte alle Formen der sexuellen Ausbeutung von Frauen, einschließlich sexueller Gewalt, Vergewaltigung und Missbrauch der weiblichen Sexualität, sowie alle Formen der Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen unter Strafe stellen. Außerdem sind hohe Standards

für dann greifende Hilfsmechanismen sicherzustellen, um Betroffene zu schützen und ihren Zugang zu Rechtsprechung und Entschädigung zu gewährleisten.

9

Sicherheitsrelevante Rechtsgrundlagen europaweit harmonisieren

Um die Effizienz und Effektivität der Strafverfolgung zu steigern, sollte die EU wichtige sicherheitsrelevante Rechtsgrundlagen harmonisieren, insbesondere im digitalen Bereich. Von besonderer Bedeutung bei der Verfolgung und Aufklärung schwerer Straftaten ist aus Sicht der GdP die verpflichtende Speicherung von Verbindungsdaten der digitalen Kommunikation, insbesondere von IP-Adressen. Alle nationalen Polizeibehörden müssen auf die von Serviceprovidern gespeicherte Daten zugreifen können. Der europäische Gesetzgeber ist nun aufgerufen, einen Vorschlag für europaweit harmonisierte Mindestspeicherverpflichtungen von IP-Adressen vorzulegen.

10

Die Bekämpfung von Cybercrime forcieren

Die rasante Zunahme von Cyberangriffen und Cyberkriminalität hat gezeigt, dass eine verstärkte Koordination auf europäischer Ebene und eine Unterstützung der nationalstaatlichen Strafverfolgungsbehörden entscheidend ist, um effektiv gegen diese Bedrohung vorgehen zu können. Europol sollte eine Schlüsselrolle bei der Koordinierung dieser Bemühungen spielen. Dies beinhaltet die enge Zusammenarbeit mit nationalen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden. Gemeinsame Datenbanken und Informationsaustauschmechanismen müssen gefördert werden, um den Informationsfluss zu erleichtern. Dies würde eine schnellere Reaktion auf laufende Angriffe und eine bessere Analyse von Cyberbedrohungen ermöglichen. Die Europäische Union sollte sich aktiv an internationalen Bemühungen

zur Bekämpfung von Cybercrime beteiligen und den Austausch bewährter Verfahren fördern.

11

Interkulturalität: Strukturförderprogramme in Ballungsräumen initiieren

Die GdP regt an, auf europäischer Ebene gezielte Strukturförderprogramme für Ballungsräumen zu initiieren, die auf die Stärkung der Sicherheit und interkulturelle Zusammenarbeit abzielen. Diese Programme sollten darauf abzielen, die Sicherheit in städtischen Gebieten zu verbessern, indem sie kriminalgeographische Analysen nutzen, um Hotspots für Kriminalität zu identifizieren und Maßnahmen zur Prävention und Strafverfolgung zu entwickeln. Die Anforderungen zur Beantragung müssen niedrigschwellig und leicht zugänglich sein. Darüber hinaus sollten die interkulturelle Zusammenarbeit und der Dialog zwischen verschiedenen Gemeinschaften in diesen Ballungsräumen gefördert werden, um soziale Spannungen zu reduzieren und die Sicherheit zu erhöhen.

12

Klimaresilienz von Sicherheitsbehörden und Polizeien fördern

Um den European Green Deal auch in der öffentlichen Verwaltung, bei der Polizei und den Sicherheitsbehörden umzusetzen, sollten umweltfreundliche Polizeifahrzeuge und der Bau klimaneutraler Polizeidienststellen gefördert und eine Infrastruktur für klimafreundliche Mobilität geschaffen werden. Die EU sollte die Anschaffung umweltfreundlicher Polizeifahrzeuge aktiv fördern, indem sie finanzielle Anreize setzt und Forschungsförderung bereitstellt. Darüber hinaus sind Anreize nötig, die die Mitgliedstaaten beim Bau und der Sanierung von Polizeidienststellen auf umweltfreundliche Weise unterstützen. Zudem soll die EU den Ausbau von Stromladesäulen im öffentlichen Straßenraum unterstützen. Diese müssen Stellen der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen.

Die GdP dankt Friedrich von Heusinger

Als herzliches Dankeschön für seine engagierte Unterstützung der Europaaktivitäten der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Brüssel überreichte der für das GdP-Europa-Büro verantwortliche stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Michael Mertens dem langjährigen Leiter der Hessischen Landesvertretung, Friedrich von Heusinger, Mitte März zum Ruhestand einen exklusiven GdP-Buddy-Bären. Wenig später hielt von Heusinger zudem ein persönliches Schreiben des GdP-Bundesvorsitzenden Jochen Kopelke in seinen Händen.



(v.l.) Hessens GdP-Chef Jens Mohrherr, Friedrich von Heusinger und der für Europaangelegenheiten zuständige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Michael Mertens.

MICHAEL ZIELASKO

In Anwesenheit des hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein, des hessischen Staatsministers Manfred Pentz sowie weiteren hochkarätigen Gästen betonte Mertens die große Wertschätzung gegenüber der Person und Leistung von Heusingers in den Jahren der sehr guten Zusammenarbeit mit der GdP. Dieser Dank, so hob Mertens hervor, schließe alle Mitarbeitenden der Hessischen Landesvertretung ein. Der GdP-Vize, der vom hessischen GdP-Landeschef Jens Mohrherr begleitet wurde, verdeutlichte in diesem Zusammenhang das große Interesse der Gewerkschaft der Polizei, die engen Beziehungen nachhaltig aufrechtzuerhalten.

Das GdP-Büro Brüssel arbeitet seit 2016. Die GdP führt seit

dem in den Räumlichkeiten der Hessischen Landesvertretung regelmäßig politische Veranstaltungen in Kooperation mit der Hessischen Landesvertretung durch. Zuletzt am 25. April 2023 unter dem Titel „Politik trifft Polizeipraxis: Wie stärken wir die EU und ihre Mitgliedstaaten im Kampf gegen den sexuellen Kindesmissbrauch.“

In weiteren gemeinsamen Veranstaltungen wurden die „Gewalt und Fußball in Europa“ (2016), der internationale Terrorismus, die organisierte Kriminalität und Cybercrime als aktuelle und künftige Herausforderungen für die Polizei (2017) debattiert. 2018 ging es um das „Spannungsfeld Datenschutz und Innere Sicherheit“, 2019 um das vernetzte Fahren und die Sicherheit. Eine weitere Veranstaltung ist für die zweite Jahreshälfte in der Planung. ■

13

Krisenfestigkeit der Sicherheitsbehörden in Europa sicherstellen

Angesichts von Krisen wie der COVID19-Pandemie, der Rückkehr kriegerischer Auseinandersetzungen nach Europa und klimafolgenbedingten Großschadensereignissen setzt sich die GdP für die Entwicklung einer europäischen Resilienzstrategie ein. Das Bedürfnis der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Europa muss bei der anstehenden Vergabe von Mobilfunkfrequenzen spezifische Berücksichtigung finden. Darüber hinaus müssen transnationale Schulungen sowie Übungen und materielle sowie personelle Ressourcen koordiniert und bereitgestellt werden, um die Fähigkeiten und die Flexibilität der Sicherheitskräfte in der Bewältigung von Krisen zu verbessern.

14

Vision Zero im Verkehr weiter vorantreiben

Um die Vision Zero im Verkehr – also die Reduzierung der Zahl der Verkehrsunfall-opfer auf null – zu erreichen, sind weitere Anstrengungen auf europäischer Ebene erforderlich. Aus polizeilicher Sicht ist hierbei besonders wichtig, dass Verkehrsregeln und Sanktionen für Verstöße europaweit harmonisiert werden, um ein gleichmäßig hohes Niveau der Verkehrssicherheit, insbesondere auch im grenzüberschreitenden Verkehr, zu gewährleisten. Zudem müssen die auf europäischer Ebene gesetzten Rechtsgrundlagen, die unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizeien in den Mitgliedstaaten haben, so angepasst werden, dass die Polizeien Europas technisch und rechtlich in die Lage versetzt werden, miteinander grenzüberschreitend und digital benötigte Informationen ohne Zeitverzug austauschen. ■

Innenleben



DP App

DEUTSCHE POLIZEI

Special „to go“ zur Fußball-EM 2024

- ⚽ Spielplan zum Download
- ⚽ Stadien
- ⚽ GdP-Betreuungskonzepte
- ⚽ Informationen zu Fußball, Gewalt und Polizeiarbeit

DP App downloaden!



DP SPECIAL: DIE FUSSBALL-EM 2024 IN DER DP APP

Fußball-EM 2024 „to go“

Zur Fußball-EM 2024 der Männer erscheint das digitale Special mit vielen Informationen rund um die EM und den Fußball in DP digital, der App für alle Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei.

Die Fußball-Europameisterschaft der Männer 2024 steht vor der Tür und verspricht ein mitreißendes Spektakel voller Emotionen und Begeisterung zu werden. Mit dem Special in der DP digital App sind die Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei bestens gerüstet, um dieses unvergessliche Fußballfest in vollen Zügen zu erleben. Dort entdecken sie die Welt des Fußballs mit einer Fülle von Informationen, die helfen, das Beste aus diesem Ereignis herauszuholen – ein unverzichtbarer Begleiter für dieses einzigartige Sportereignis, und das jederzeit digital.

Stadien und Spielpläne

Hier findet sich alles über die Spielstätten der EM 2024. Unser digitales Special präsentiert detailliert Informationen zu den Stadien sowie zu den Gruppierungen und Spielplänen, damit jeder seine persönliche Fußball-Reise planen kann.

Betreuungskonzepte

Die Versorgung und Betreuung der polizeilichen Einsatzkräfte ist mit entscheidend für eine sichere EM 2024. Beteiligte GdP-Untergliederungen stellen ihr Betreuungskonzept vor. Die Einsatzkräfte erfahren hier, wie sie durch die GdP vor Ort während ihres Einsatzes unterstützt werden.

Informationen über Fußball, Gewalt und Polizeiarbeit

Außerdem beleuchten wir kritische Themen rund um den Fußball. In den Texten über Gewalt in Verbindung mit Fußballereignissen geben wir Einblicke in die Herausforderungen an die Polizei und Lösungsansätze für ein friedliches Fußballerlebnis.

Am 01. Mai 2024 geht das Special zur Fußball-EM 2024 in der App DP digital online. Die App DP digital ist im App Store und bei Google Play verfügbar.

ROLLENBILDER IM WANDEL

Frauen in muslimischen Communities – Frauen in der Polizei

Zwischen Gleichstellung und Vorurteilen: „Frauen in muslimischen Communities – Frauen in der Polizei“. Unter diesem Titel fand die Jahrestagung des „Kooperationsnetzwerk – Sicher Zusammenleben“ (KoSiZu) im März in Nürnberg statt. Maria Plötz aus dem GdP-Bundesfrauenvorstand nahm an der Veranstaltung teil. Ein Erlebnisbericht.

Maria Plötz

Das KoSiZu, das beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angegliedert ist, hat zur Aufgabe, den Dialog zwischen Sicherheitsbehörden und muslimischen Akteuren zu initiieren und zu fördern. Ein richtiger Ansatz. Der Schwerpunkt der bundesweiten Fachtagung lag auf der Rolle und den Erfahrungen von Frauen in muslimischen Communities und in der Polizei. Dr. Barbara Slowik, Polizeipräsidentin der Polizei Berlin, und Leila El-Amaire, Mitbegründerin von i,Slam e.V., führten mit Vorträgen zu Frauen in der Polizei und zu Lebenswelten von muslimischen Frauen in Deutschland ins Thema ein. Ferner präsentierte Philip Gloor, Kantonspolizei Bern, das Schweizer Projekt der polizeilichen Brückenbauer. Raum für tiefergehenden Austausch und Vernetzung gab es in interessanten Workshops unter anderem zu polizeilichen Diversity-Strategien, Gewalt gegen Frauen, Empowerment, Erfahrung und Umgang mit rassistischer, sexistischer oder mehrfacher Diskriminierung sowie Rollenbildern im Wandel.

Muslimisches Leben in Deutschland

Für die Frauengruppe (Bund) der GdP nahm ich als Podiumsgast neben Dr. Anja Sticks



Die Berliner Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik war als Rednerin geladen.



Zur Studie „Muslimisches Leben in Deutschland 2020“

<https://t1p.de/74ko3>



DP-Autorin Maria Plötz (m.) und Dr. Anja Stichs vom BAMF (r.)

(BAMF) am Workshop Rollenbilder im Wandel teil. Dabei ging es neben gesellschaftlichen Rollenbildern von muslimischen Frauen und Polizistinnen in Deutschland um mögliche Entwicklungstendenzen. Expertin Dr. Stichs referierte zu aktuellen Erkenntnissen über die in Deutschland geborenen sowie zugewanderten Musliminnen auf Grundlage der Studie „Muslimisches Leben in Deutschland 2020“ des BAMF. Sie stellte unter anderem heraus, dass Musliminnen sich gleichermaßen Deutschland und ihrem jeweiligen Bezugsland zugehörig fühlen. Viele erreichen heute hohe Bildungsabschlüsse: Etwa die Hälfte der in Deutschland geborenen Musliminnen hat die Hochschulreife absolviert.

Frauen in der Polizei

Ich wiederum referierte über die Rolle der Frauen in der (Bayerischen) Polizei. Als 1990 endlich auch in Bayern Frauen in den uniformierten Polizeidienst eingestellt wurden, war dies „schwierig“ für die Kollegen und eine Herausforderung für die Organisation Polizei selbst. So diskutierten die Dienst-

stellen über die Notwendigkeit von Umkleeräumen und Damentoiletten für die Polizeivollzugsbeamtinnen, während sich die Kollegen vielmehr damit befassen, ob die Frauen im Polizeidienst Auseinandersetzungen gewachsen sind oder man(n) auf sie aufpassen müsste.

Luft nach oben

Für mich waren die regelmäßigen Diskussionen mit den Kollegen zu Vorurteilen wie diesen der Grund, schon früh in der Gewerkschaft aktiv zu werden und für die Interessen von Frauen einzutreten. Heute sind Frauen im Polizeivollzug selbstverständlich. Eine Verbesserung der Bewerberinnenlage und die anteilmäßige Erhöhung von Polizeibeamtinnen ist dennoch weiter erstrebenswert – und wird der Polizei guttun. Insbesondere jüngere Teilnehmende des Workshops waren überrascht über diese Rückschau auf die Frauen in der Polizei und den Wandel, der errungen wurde. Diesen voranzubringen, bis die echte Gleichstellung der Geschlechter erreicht ist, bleibt unser gewerkschaftlicher Auftrag. ■

INTERNATIONALER FRAUENTAG 2024

Sexuelle Belästigung in der Polizei im Fokus

Zum Internationalen Frauentag 2024 trafen sich GdP-Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf Einladung der Landesfrauengruppe Niedersachsen in Hannover. Im Schwerpunkt der Veranstaltung stand das Thema der sexuellen Belästigung und Übergriffe in der Polizei.

FIDAN DÜZ/REDAKTION

Auch Politik und Polizei waren prominent vertreten, unter ihnen Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens und Hausherr Roger Fladung,

angehender Polizeipräsident der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen. Vor Ort waren auch Sibylle Krause, für Frauenpolitik zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, mit einem Grußwort, sowie der GdP-Bundesvorsitzen-



Personalrätinnen tragen Stimmen aus dem Plenum vor.

de Jochen Kopelke und der GdP-Landesvorsitzende Niedersachsens, Kevin Komolka. Empfangen wurden die Teilnehmenden von Jana Herzog, Geschäftsführerin der GdP Niedersachsen, sowie der GdP-Landesfrauenvorsitzenden Anja Surkau.

Mangelndes Vertrauen

Ein Impulsreferat zur sexuellen Belästigung in der Polizei hielt Stephan Bockting. Der Polizeibeamte hat sich in seiner Masterarbeit an der Deutschen Hochschule der Polizei mit dem



Gewerkschaft
der Polizei

BB
Bank
Better Banking

Ihr Konto mit Startvorteil.

Jetzt ganz bequem
zur BBBank wechseln

Bis zu
150 €
Startprämie¹

On Top
50 €
für GdP-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort, per
Telefon unter 0721 141-0 oder auf
www.bbbank.de/gdp

¹ Voraussetzungen Startprämie: 75,- Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokonto, mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten) ab 18 Jahre, Geldeingang von 500,- Euro oder Bezahlung mit einer unserer Karten über die Funktion mobiles Bezahlen (Android) bzw. Apple Pay (iOS) innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Weitere 75,- Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Mitarbeitende der BBBank (einschließl. Familienmitglieder) sind von dieser Aktion ausgeschlossen. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten, Start der Aktion: 01.01.2024



Der aktualisierte DGB-Leitfaden zur Verhinderung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz enthält eine Muster-Betriebsvereinbarung und ist online verfügbar.

Thema „Sexuelle Belästigung bei der Polizei“ auseinander gesetzt. Bockting zufolge erdulden Geschädigte, vor allem (junge) Frauen in der Polizei, sexuelle Belästigung viel häufiger, als sich zu beschweren. Die Bedrohung aus den eigenen Reihen erschüttert Werteverständnis und Vertrauen. Frauen nehmen sexuelle Belästigung im Dienst als Hochverrat in der Polizeifamilie wahr.

Opfer stärken

Innenministerin Behrens zufolge brächten in Niedersachsen jährlich acht Polizeibedienstete sexuelle Übergriffe zur Anzeige. Es sei aber von einem erheblich höheren Dunkelfeld auszugehen. „Wir müssen uns dem Thema stellen. Das erwarte ich von meiner Polizei und den Führungskräften“, betonte Behrens. Ziel müsse es

sein, sexuelle Übergriffe zu beseitigen. „Dabei müssen wir uns auch fragen, wie wir die Verhaltensunsicherheit der Opfer abstellen“, ergänzte Behrens.

Bundesweit fehlen Dienstvereinbarungen

In einer Diskussionsrunde wurde das Thema weiter kritisch erörtert. Dabei waren Dr. Christina Stockfisch, im DGB-Bundesvorstand zuständig für europäische und internationale Gleichstellungspolitik, die GdP-Bundesfrauenvorsitzende Erika Krause-Schöne sowie Referent Bockting. Krause-Schöne erläuterte den Entstehungshintergrund der von der Bundesfrauengruppe initiierten AG „Respect me, too – Im Dienst und Ehrenamt“ mit Blick auf rechtliche Entwicklungen. Die AG arbeite am Entwurf einer Muster-Dienstver-



(v.l.) GdP-Chef Jochen Kopelke, das im GBV zuständige Mitglied für Frauenpolitik Sibylle Krause und der GdP-Landeschef Niedersachsen, Kevin Komolka.

einbarung für den Dienstherrn und an einem Verhaltenskodex für die Gewerkschaft. Eine erste Abfrage der AG hatte den Mangel entsprechender Dienstvereinbarungen illustriert. Ziel der AG sei es, zu enttabuisieren, aufzuklären und Opfer zu schützen.

Erfolgreiche Personalratswahlen in Niedersachsen

Im Rahmen der Tagung stellten sich die frisch gewählten Personalrätinnen in der Polizei Niedersachsen vor. Anja Surkau handigte allen den aktualisierten DGB-Leitfaden zur Verhin-

derung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz aus. Surkau nutzte die Veranstaltung auch, um ihre Nachfolgerin im Polizeihauptpersonalrat, Andrea Mählmann, vorzustellen. Innenministerin Behrens dankte der angehenden Pensionärin und noch amtierenden Landesfrauenvorsitzenden für ihre Arbeit und verabschiedete sich bei ihr.

Die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag 2024 wurde von der Landesfrauengruppe Niedersachsen organisiert und durchgeführt. Unterstützt wurde sie von der Bundesfrauengruppe. ■



Felix Keidrich

ERFOLGREICHER PROJEKTABSCHLUSS

Frauen in der GdP – Für uns, für morgen

Im März endete die vierte Runde des Personalentwicklungsprojekts (PE-Projekt) der GdP-Bundesfrauengruppe. Das PE-Projekt „Frauen in Führung in der GdP – Stärkung von ehrenamtlich aktiven Funktionsträgerinnen“ brachte zwölf Teilnehmerinnen aus dem gesamten Bundesgebiet über drei Workshop-Einheiten in eineinhalb Jahren zusammen.



Austausch mit GdP-Vize Alexander Poitz.

FIDAN DÜZ

Die PE-Projekte der GdP-Frauen haben zum Ziel, Kolle-

ginnen zu stärken, zu vernetzen und ihre Perspektiven mit in die (frauen-)politische Gewerkschaftsarbeit der GdP einzubrin-



den. Die Projektreihe mit Coach Manuela Rukavina richtet sich explizit an Kolleginnen. Sie müssen mit der Vereinbarkeit von Familie-Beruf-Ehrenamt und der Selbstfürsorge noch immer sehr

viel größere Herausforderungen meistern als männliche Kollegen. Coach Rukavina fasst rückblickend zusammen: „Aus allen bisher abgeschlossenen Projekten ist eine tragende Verbundenheit

entstanden – unter den Kolleginnen, aber auch mit der GdP-Frauenarbeit. Etlichen Kolleginnen begegnet man nun in zum Teil sehr exponierter Funktion innerhalb der GdP.“

Mehr Frauen in GdP-Funktion

Beim zweitägigen Abschlussworkshop befassten sich die Teilnehmerinnen unter anderem mit der interaktiven Methode der kollegialen Fallberatung. Als herausragenden Programmpunkt empfanden die Teilnehmerinnen den digitalen Austausch mit dem stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Alexander Poitz. „Wir brauchen mehr Frau-

en in Funktion in der GdP“, betonte Poitz, der einen Abriss über die Gewerkschaftsarbeit gab und seine Unterstützung für die Förderung von Frauen auf allen Gewerkschaftsebenen bekräftigte. Auch Julie Janetzko aus dem Geschäftsführenden Bundesfrauenvorstand appellierte an die Frauen, sich stärker in die Gewerkschaftsarbeit einzubringen. Noch seien Frauen, die aktuell mehr als ein Viertel der GdP-Mitglieder ausmachen, in den Strukturen deutlich unterrepräsentiert. „Da geht noch mehr“, unterstrich Janetzko und betonte, dass die Frauen dabei mit der Unterstützung der Bundesfrauengruppe fest rechnen könnten. ■

ANZEIGE

17. – 20. September 2024

SECURE YOUR BUSINESS



Geschlossener Bereich
für behördliche
Sicherheitskräfte
Jetzt anmelden und
ausstellen!

Sonder- und Spezialeinheiten

50 years



security
essen

Die Leitmesse für Sicherheit

www.security-essen.de

MESSE
ESSEN

Innenleben



PERSONALRATSWAHLEN 2024



GdP WÄHLEN!

PERSONALRATSWAHLEN 2024

Durch Dickicht und dünn

Markus Robert streitet seit 2014 als freigestellter Personalrat in Nordrhein-Westfalen im PHPR für seine Kolleginnen und Kollegen – und das leidenschaftlich gerne. Ein Gespräch über Gleichgewicht, Gänsehaut und Fingerspitzengefühl.

Danica Bensmail

Die Balance zwischen Arbeiten und Leben hat Schlagseite – und das nicht zu knapp. Die stetig wachsenden Anforderungen an den Polizeidienst sind der Auslöser, die zunehmende Belastung der Polizeibeschäftigten die Folge. Das Gleichgewicht zwischen Dienstlichem und Privatem

zu bewahren ist für viele Kolleginnen und Kollegen ein täglicher Drahtseilakt. Gut, dass es GdP-Personalräte wie Markus Robert gibt. Der Erste Polizeihauptkommissar weiß: „Damit unsere Kolleginnen und Kollegen nicht die Balance verlieren, brauchen Führungskräfte und Entscheider ein Gegen-

gewicht.“ Unser Gespräch hat gerade erst begonnen, doch der Personalrat ist bereits auf Betriebstemperatur. Aber von vorne ...

Bürgernahe Polizei

Markus wächst mit vier Brüdern auf. Der älteste der fünf Robert-Jungs ist auch Polizist „und hat immer viele spannende Einsatzgeschichten erzählt. Aber als alten Pfadfinder hat mich besonders angesprochen, wie viel man für die Bürger tun kann.“ Ein hoher Prozentsatz polizeilicher Tätigkeiten seien nämlich klassische Hilfeleistungen für Menschen, die die Polizei aufsuchten, weil sie Unterstützung und Rat bräuchten.

Das P steht für ...

War das jetzt gerade eigentlich nur so dahin gesagt mit dem „alten Pfadfinder“? Markus schüttelt den Kopf: „Nein, so bin ich sozialisiert worden.“ Die Pfadfinderei habe immer den sozialen Gedanken in den Vordergrund gestellt, erklärt der Gewerkschafter. „Das hat mich in meinem demokratischen Verständnis stark geprägt.“ Aha! Dann steht das P in EPHK insgeheim für Pfadfinder? Spaß! Wobei, so abwegig wäre das gar nicht. Als Personalrat muss sich der „Erste pfadfindende Hauptkommissar“ schließ-

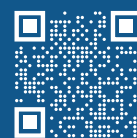
ANZEIGE

Alles scharf sehen OHNE SEHHILFEN!

Exklusives Angebot für GdP-Mitglieder!

EuroEyes
brilleweg.de/gdp

10% Rabatt auf SMILE Pro Augenlasern und Trifokallinsen (auch für Ehepartner, Eltern und Kinder)
Kostenlose Beratung: **0800 1711 1711**



Markus Robert ist seit fast 40 Jahren in der Polizei und genauso lange in der GdP. Über die Vertrauensleutarbeit stieg der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP NRW in die aktive Gewerkschaftsarbeit ein. Seit 2014 streitet er als Personalrat in Freistellung im PPHR für seine Kolleginnen und Kollegen.



lich täglich durch das Dickicht des Arbeitsdschungels schlagen – ohne vom Weg abzukommen. Dabei hat er sich das ein oder andere Abzeichen verdient: für Diplomatie, für Fingerspitzengefühl und für die Fähigkeit, Kompromisse zu verhandeln.

Stopp, Gewerkschaft der Polizei!

In der Praxis sieht das so aus: Als das nordrhein-westfälische Innenministerium die Altersgrenze zum Laufbahnwechsel von 50 auf 55 Jahre heraufsetzen will, „habe ich sofort den Anker geworfen“, sagt Markus. Die Politik habe mit den Kosten argumentiert, die sich so sparen ließen. „Das war für mich nicht akzeptabel. Wenn Menschen polizeidienstuntauglich werden, dann wegen Belastungen oder Unfällen bei der Arbeit. Darum können Polizisten kein Kostenfaktor sein“, sagt der Personalrat und seine Stimme wird mit jedem Wort hörbar lauter. Gemeinsam mit der GdP NRW

habe man Innenminister Reul angeschrieben. Die Folge: Das Vorhaben wurde am Ende fallengelassen. „Der Minister hat der GdP mitgeteilt, dass Anschreiben habe ihn zum Nachdenken gebracht. Damit war die Kuh vom Eis“, sagt Markus und strahlt. Stark!

Ein Ass im Ärmel

Wie hilfreich das GdP-Netzwerk sein kann, erlebt Markus erster Hand bereits kurz nach seinem Einstieg in die Polizei in den 1980er Jahren. „Damals nach der Ausbildung mussten wir alle in die Polizeihauptwachmeister-Hundertschaft und die Liegenschaft bewachen“, erzählt der Personalrat. Aber, anstatt das Objekt zu schützen „haben wir im Aufenthaltsraum Karten gekloppt. Und dann kam der Abteilungsführer rein“, sagt Markus unter sonorem Gelächter. Damals habe er das natürlich gar nicht lustig gefunden. Mit gerade mal 20 Jahren sei er in dieser Situation überfordert gewesen. „Aber zum Glück hat mich die GdP über den Rechtsschutz wieder rausgehauen. Das war sehr beruhigend.“ Gut, wenn man souverän das GdP-Netzwerk als Ass aus dem Ärmel zaubern kann. So soll das sein!

Da kriege ich Gänsehaut!

Doch nicht alles löst sich so schnell in Wohlgefallen auf, wie die fallengelassene Anhebung der Altersgrenze oder die Runde Doppelkopf im Dienst. „In NRW haben wir 47 Kreispolizeibehörden. Nur 18 davon sind mit

Tasern ausgestattet“, sagt Markus und zuckt mit den Schultern. Die flächendeckende Einführung des Distanzelektroimpulsgerätes (DEIG) sei ein zähes und langwieriges Thema. Ja, die Anschaffung sei kostspielig, aber „das DEIG trägt maßgeblich zur Deeskalation in Einsätzen bei“, betont der Personalrat. In über 80 Prozent der Fälle reiche die reine Androhung aus. Und noch was: „Wenn ich mir als Familienvater vorstelle, mein Sohn würde mit der Polizei aneinandergeraten, und das eskaliert! In der einen Behörde würde das DEIG gegen ihn eingesetzt, in der anderen müsste der Kollege vielleicht von der Schusswaffe Gebrauch machen. Da kriege ich Gänsehaut.“ Nur interessiere dieser Aspekt niemanden. Am Ende gehe es mal wieder nur ums Geld. Puh, harter Tobak!

Die Sache zählt

Wie dem auch sei: Ein beruhigendes Gefühl zu wissen, da ist einer wie Markus Robert. Einer mit einem Plan, der nicht gleich die Streitaxt auspackt, sondern Dispute mit dem Skalpell zergliedert. „Nach vorne und richtig draufkloppen, das is' nich' meins“, sagt der gebürtige Dorstener in feinstem Ruhrdeutsch. Streiten sei wichtig, „aber nur im Sinne der Sache.“ Am Ende zähle das beste Argument. Das müsse man dann gelten lassen. „Es geht schließlich um die Sache“, sagt Markus. Und wegen der geht der Personalrat und „Erste pfadfindende Hauptkommissar“ für seine Kolleginnen und Kollegen im Arbeitsdschungel durch Dickicht und dünn ... ■



JAHRE GRUNDGESETZ

1949 – 2024



Wir schwören auf dich.



**Gewerkschaft
der Polizei**

Innenleben



Der GdP-Bundesvorstand bei seiner Sitzung in Hannover. (4.v.l.) Dr. Dirk Götting. Der Lehrbeauftragte ist seit 2020 als Wissenschaftlicher Direktor für die Forschungsstelle für Polizei- und Demokratiegeschichte an der Polizeiakademie Niedersachsen zuständig. Seit 2019 verantwortet er das Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“.

INTERNATIONALER TAG GEGEN RASSISMUS

Gemeinsam für Vielfalt und Toleranz

Anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus am 21. März forderte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein waches Auge und ein stabiles Rückgrat gegenüber den Feinden der Demokratie.

MICHAEL ZIELASKO

„Als Polizei und Gewerkschaft stehen wir gemeinsam für Vielfalt und Toleranz“, hob der stell-

vertretende GdP-Bundesvorsitzende Sven Hüber hervor. „Eine lebendige Behörde wie die Polizei ist einer ständigen Entwicklung unterworfen. So ist es gebo-

ten, Ausschläge in unerwünschte, nicht tolerierbare Richtungen sehr schnell zu detektieren, noch besser, es nicht dazukommen zu lassen. Es braucht den Mut einer und eines jeden, sich selbst kleinsten Tendenzen mit aller Deutlichkeit entgegenzustellen“, betonte Hüber. Die GdP habe auf ihrem Bundeskongress 2022 beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass der 21. März als Aktionstag gegen Rassismus bei den Polizeibehörden eingeführt werde. Ein Aktionstag setze in erster Linie ein symbolisches Signal. Klar sei, dass die Resilienz gegenüber antidemokratischem Denken und Han-

deln an jedem Tag gestärkt werden müsse.

Es beginnt mit uns

„Eine wehrhafte Demokratie beginnt daher in uns selbst“, sagte der Gewerkschafter. Auch in starken, gefestigten demokratischen Strukturen, wie denen der Polizei, müsse Demokratie täglich erarbeitet und gelebt werden. Darum unterstützt die GdP das Projekt der Polizeiakademie Niedersachsen „Polizeischutz für die Demokratie“. Sogenannte Demokratiepaten setzen dort innerhalb der Polizei erkennbare und richtige Signale. Sämtliche antidemokratischen Positionen und Meinungen widersprechen dem Selbst- und Rollenverständnis von Polizeibeschäftigten, betonte Hüber. „Als GdP mit langer demokratischer Tradition stellen wir uns extremistischen Ansinnen entschieden entgegen. Deshalb freut es uns, dass zahlreiche GdP-Mitglieder diese Haltung auf den vielen bundesweiten Demonstrationen für die Demokratie auf die Straße gebracht haben.“ ■

ANZEIGE

Mobilfunk-Deals für Gesetzeshüter!

Tolle Tarife für Sie und Ihre Familie! Im besten Mobilfunknetz der Telekom, mit vielen Inklusivleistungen und top Smartphones – zum Beispiel mit dem **Apple iPhone 15**.



Ihre
Vorteilsnummer
MA053

Mobilfunk-
Tarife ab
15 €
mtl.



Hier geht's zu den top Angeboten

Online-Shop: mitarbeiterangebote.telekom.de
E-Mail: rv-mitarbeiterangebote.gk@telekom.de
Mitarbeiter-Service-Hotline: 0800 3300 34531
Persönlich Beratung im Telekom-Shop:
www.telekom.de/terminvereinbarung

HJAV-CHEF ZIEHT BILANZ

Unterm Strich

Toni Paul Oertel war langjähriges Mitglied und Vorsitzender der Haupt-, Jugend- und Auszubildendenvertretung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (HJAV BMI). Vor den Neuwahlen im Juni zieht der Gewerkschafter in DP Bilanz.

Toni Paul Oertel



Während meiner Amtszeit und insbesondere während meiner zwei Jahre als Vorsitzender der Haupt-, Jugend- und Auszubildendenvertretung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (HJAV BMI) haben wir bedeutende Fortschritte erzielt. Wir haben regelmäßig Treffen mit den Leitungen verschiedener Behörden unseres Geschäftsbereichs durchgeführt, um die Anliegen unserer Jugendlichen, Auszubildenden und Studierenden zu vertreten und Verbesserungen zu erreichen.

Moderne Arbeitsmittel

So begleiteten wir das große Themenfeld Homeoffice während der Ausbildung ebenso engmaschig wie die Ausstattung von Auszubildenden mit Tablets. Moderne Arbeitsmittel haben nicht nur die Lernumgebung verbessert, sondern die digitale Kompetenz gestärkt und die Konkurrenzfähigkeit des öffentlichen Dienstes in Zeiten des Fachkräftemangels erhöht.

IT-Experten gesucht

Ein besonderes Augenmerk lag auf den Ausbildungsberufen im IT-Bereich. Dieser für

unsere tägliche Arbeit äußerst relevante Bereich steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Wir bemühten uns um Verbesserung und Vereinheitlichung – insbesondere bei der Eingruppierung in Entgeltgruppen. Eine einheitliche Regelung für den Geschäftsbereich kann einen Lösungsansatz bieten.

Verlässlicher Ansprechpartner

Während der turbulenten Pandemiezeit haben wir uns intensiv um die Belange unserer Nachwuchskräfte gekümmert. Von der Sicherstellung des Ablaufs der Abschlussprüfungen bis hin zu Problemen in einzelnen Ausbildungsberufen war die HJAV stets ein verlässlicher Ansprechpartner.

Bessere Ausstattung

Die Ausstattung mit Tablets und unsere Unterstützung während der Pandemie haben dazu beigetragen, dass unser Nachwuchs besser ausgestattet und unterstützt wird. Klar ist doch: Sie sollen ihre beruflichen Ziele erreichen können. Denn jede und jeder Einzelne ist die Zukunft des öffentlichen Dienstes.

Neuwahlen im Juni

Ab Juni wird ein neugewähltes Gremium die Interessen der Jugendlichen, Auszubildenden und Studierenden verbessern. Mein besonderer Dank gilt allen Mitgliedern des jetzigen Gremiums. Ihre Unterstützung und Engagement haben unsere Erfolge erst möglich gemacht. Mein Dank gilt auch federführenden Personen des Ministeriums.

Unglaublich erfüllend

Ich bin stolz darauf, Teil einer Organisation zu sein, die sich so leidenschaftlich für die Belange ihrer Mitglieder einsetzt. Als Gewerkschaft werden wir auch künftig für die Interessen unserer Mitglieder kämpfen und sie nach besten Kräften unterstützen. Für mich war die Vorstandsarbeit eine unglaublich erfüllende Erfahrung. Nachahmen ist erwünscht und empfehlenswert. ■

DP-Autor Toni Paul Oertel engagiert sich seit 2020 in der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung beim Bundesministerium des Innern und für Heimat, deren Vorsitzender er seit 2022 ist. Das Gremium vertritt etwa 2.600 Beschäftigte. Damit ist es eine der größten Ressortvertretungen für Jugendliche, Auszubildende und Studierende im Bund.

Innenleben



VERNETZUNGSTREFFEN

Anregungen erhalten – Netzwerke bilden

Unter dem Motto „Anregungen erhalten – Netzwerke bilden“ trafen sich Verantwortliche für die Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ aus den Landesbezirken zu einem Erfahrungsaustausch in der Berliner Bundesgeschäftsstelle.

EWALD GERK
BUNDESSENIORENVORSITZENDER

Unter Leitung von Gundula Thiele-Heckel und Uwe Petermann aus dem Geschäftsführenden Bundesseniorenvorstand (GBSV), wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein interessantes und kurzweiliges Zwei-Tages-Programm dargebo-

ten. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen, standen insbesondere die Inhalte und Organisation der Seminare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ im jeweiligen Landesbezirk im Mittelpunkt. Die Seniorenvorstände haben seit längerem erkannt, dass der Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand mit sehr vielen Fallstricken versehen ist. Unwissenheit und dadurch be-

ANZEIGE



dingte Fehler wirken sich mitunter auf den gesamten dritten Lebensabschnitt aus. Deshalb sind die Seminarverantwortlichen bemüht, soviel wertvolle und nachhaltige Informationen und Tipps wie möglich zu vermitteln.

Leuchtturmprojekte

Es wurden drei „Leuchtturmprojekte“ vorgestellt. Margarethe Relet aus Rheinland-Pfalz, Jürgen Naatz aus Sachsen-An-

halt und Klaus Büscher aus Nordrhein-Westfalen erläuterten in 15-minütigen Vorträgen die Vorbereitungsseminare in ihrem jeweiligen Landesbezirk. Im Anschluss hatten die beiden Seminarleiter eine Videoschleife mit der BAGSO organisiert. Deren Vertreterin Silke Leicht erläuterte das Aufgabenspektrum der Organisation und referierte darüber, wie die BAGSO die GdP unterstützen kann. In drei Arbeitsgruppen wurden schließlich Themen rund um die Vorbe-

reitungsseminare erarbeitet und anschließend präsentiert.

Wiederholungsbedarf

Der zweite Tag des Austauschtreffens stand unter dem Motto „Seminare erfolgreich gestalten“. Die Teamerin des Bundesseminars Nadja Cirulies zeigte in ihrem Vortrag Grundsätzliches, Nützliches und Tricks für eine nachhaltige und erfolgreiche Seminargestaltung auf. Ein spannendes Thema, das

in weiteren Treffen vertieft werden sollte. Tipps und Anregungen gab es zuhauf, Netzwerke wurden geknüpft und das Wissen rund um die Seniorengruppe vertieft. Für Gundula Thiele-Heckel und Uwe Petermann waren die Mühen rund um die Seminarvorbereitung nach der Abschlussrunde und dem positiven Feedback der Teilnehmenden schnell vergessen. Ein bewährtes Team für die weiteren Veranstaltungen. ■

KLAUSURTAGUNG: BUNDESSENIORENVORSTAND

Mitgliederbindung und Rentenfragen im Mittelpunkt

Die Berliner Klausurtagung des Bundesseniorenvorstandes (BSV) im Februar konnte mit einem randvollen Programm aufwarten. Darunter waren auch Gespräche mit Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, zur aktuellen Rentenpolitik und mit dem Versicherer Signal Iduna zum E-Rezept.



EWALD GERK BUNDESSENIORENVORSITZENDER

Zwei Jahre sind seit der Bundesseniorenkonferenz vergangen. Auf der Konferenz wurden etliche Anträge beschlossen und Handlungsfelder für den neuen Vorstand festgezurrt. Zwei zentrale Seniorenanträge wurden zwischenzeitlich umgesetzt. Zum einen der Antrag zur Beitragsreduzierung für Rentnerinnen und Rentner sowie für Versorgungsempfängerinnen

und Versorgungsempfänger, die nicht den Versorgungshöchstsatz erreichen. Die weiteren Anträge sind in der Erarbeitungsphase. Beispielhaft sei hier das Thema Beihilfe genannt.

Sicher vorsorgen

Der Übergang in den dritten Lebensabschnitt bringt zwangsläufig viele Veränderungen mit sich. Zentrale Fragen dabei sind: Was benötige ich noch? Was ist für diese Lebensphase wichtig? Die bundesweit einmaligen Se-

minare „Vorbereitung auf den Ruhestand“ geben den Mitgliedern Sicherheit und Bindung an ihre GdP. Bei Versorgungs-, Renten- oder Sozialfragen und bei Rechtsstreitigkeiten ist der kompetente Partner GdP verlässlich zur Stelle. Auch die ehemalige APS-Broschüre wurde grundlegend überarbeitet und neugestaltet. Unter dem Titel „sicher vorsorgen“ ist eine für alle Mitglieder wichtige Broschüre entstanden. Wer redet schon gerne von Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung? Aber ge-

rade für Polizeibeschäftigte ist dies von elementarer Bedeutung. Niemand von uns weiß, was der nächste Einsatz mit sich bringt.

Leichter Notfallrucksack

Die Jahrhundertflut im Ahrtal und die Überschwemmungen der letzten Monate haben gezeigt, dass Menschen ohne große Vorbereitungszeit ihre Wohnung kurzfristig verlassen müssen. Um in solchen Lebenssituationen den Mitgliedern bei-

zustehen, entwickelte die Seniorengruppe den sogenannten leichten Notfallrucksack, der das Nötigste enthalten muss und darüber hinaus zweckmäßig ist.

Im Gespräch

Miteinander im Gespräch bleiben. Dieser Verpflichtung folgend nahm der GdP-Bundesvorsitzende Jochen Kopelke am Morgen des zweiten Klausurtages an der Sitzung des BSV teil. Vom Start weg hatte der für die Seniorengruppe zuständige Bundesschriftführer Hagen Husgen den Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand im Gremium vertreten. Offen und ehrlich wurde intensiv über die aktuelle, aber auch zukünftige GdP-Politik diskutiert. Gerade die Seniorengruppe ist für viele Mitglieder ein wichtiges Bindeglied. Eine kurze Info, wie wir es im Dienst gewohnt sind, ist im Ruhestand nicht mehr möglich. Deshalb sind besondere Strukturen und Anstrengungen erforderlich, um dem Informationsbedürfnis der Seniorinnen und Senioren gerecht zu werden. Der GdP-Bundesvorstand und insbesondere der Geschäftsführende Bundesvorstand sind dabei verlässliche Unterstützer.

E-Rezept und elektronische Gesundheitsakte

Mit der Versichertenkarte in die Apotheke gehen und die Medizin abholen, ist für GKV-Versicherte kein Problem – für Beihilfeberechtigte schon! Neben den Beihilfestellen von Bund und Ländern sind die meisten Beamtinnen und Beamten privat versichert oder haben freie Heilfürsorge. Das macht die Situation umso schwieriger. In einer Videoschleife mit den Verantwortlichen der Krankenkassensparte der Signal Iduna wurde der aktuelle Sachstand dargestellt und weitere erforderliche Aktivitäten von gewerkschaftlicher Seite besprochen. Der Gesetzgeber sieht eine Verpflichtung der Umsetzung nur für gesetzlich Versicherte. Damit geben wir uns im Interesse unserer Mitglieder nicht zufrieden und versuchen eine zufriedenstellende Lösung zu erreichen.

DGB-Arbeitsgespräch

Die Situation der Rentnerinnen und Rentner ist ein immerwährendes Thema. Dazu hat der BSV ein Arbeitsgespräch mit dem zuständigen DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel und ihren zuständigen Mitarbeitern geführt. Die



Kein Themenmangel: Anja Piel, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, beim Arbeitsgespräch mit dem Bundesseniorenvorstand.

Inflationsausgleichsprämie für Beschäftigte zeigt, wie schnell sich ein Großteil abgehängt fühlen kann. Diese Prämie sollten Arbeitgeber steuer- und sozialabgabenfrei an ihre Beschäftigten zahlen, um sie in Zeiten hoher Inflation zu entlasten. Nicht alle Arbeitgeber haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Für Rentnerinnen und Rentner scheint es so, dass sie davon nicht profitieren. Dem ist nicht so. Sie fließt in die Berechnung zur Ermittlung der Rentensteigerung mit ein und erhöht diese. Wichtig für den DGB und den GdP-Bundesseniorenvorstand ist, dass das Rentenniveau stabil und ausreichend hoch sein muss, sodass man auch im Alter von den Renteneinkünften anständig leben kann. Das Rentenniveau muss langfristig höher als

derzeit sein, aber auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten muss entsprechend groß sein. Mit Anja Piel wurde vereinbart, dass wir eine Information für unsere Mitglieder herausgeben, die Themen „rund um die Rente“ verständlich erklären.

Geht wählen!

Neben der Europawahl im Juni stehen im Herbst Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg an. Gerade Parteien und Gruppierungen, die mit einfachen Worten rosige Zeiten versprechen, genießen derzeit regen Zuspruch. Diesen Worten sollte man keine Taten folgen lassen und ihnen in der Wahlkabine nicht die Stimme geben. Die derzeitigen, weltweiten Kriege und Krisen verlangen von uns Bürgerinnen und Bürgern viel ab. Es scheint, als könnten die etablierten Parteien nicht regieren. Dem ist objektiv nicht so. Die Lösung der Probleme ist mehr als Grenzschießungen, Abschottung und Menschen mit Migrationshintergrund auf Teufel komm raus aus dem Land zu jagen. Unsere Empfehlung: Geht wählen und gebt demokratischen Parteien eure Stimme! ■

ANZEIGE

**10% RABATT
AUF ALLES***

**AUCH AUF BEREITS
REDUZIERTE WARE**

*Infos und Konditionen auf
Gdp.de/gdp-plus



Innenleben

Oktober 2022

Der GdP Bundeskongress fordert in diversen Kongressbeschlüssen, die Cannabis-Freigabe konstruktiv zu begleiten. Der Geschäftsführende Bundesvorstand (GBV) steigt unter Hochdruck in die inhaltliche Vorarbeit ein, schließlich verfügt die Gewerkschaft der Polizei „über ein breites Spektrum fachlicher Expertise und das wollen wir vor allen Dingen zur Entlastung der Kriminaltechnik und Kriminalbeamtinnen und -beamten schnellstmöglich einbringen“, betonte der GdP-Bundvorsitzende Jochen Kopelke gegenüber den Medien.

Frühjahr 2023

Die GdP ist sprechfähig und beteiligt sich konstruktiv am politischen und medialen Diskurs.

Sommer 2022

Nach Bekanntwerden der Legalisierungspläne durch die Ampelregierung trifft die GdP den Bundesdrogenbeauftragten. Hintergrund ist ein vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) initiiertes Meinungsaustausch verschiedener Interessengruppen.

November 2022

Die GdP-Bundesfachausschüsse bestellen die „Ansprechpersonen Cannabis“. Diese bringen ab sofort ihre beratende Expertise in die juristische und politische Sacharbeit ein.

Sommer 2023

Das BMG präsentiert den Referentenentwurf. Die GdP legt dem Gesundheitsministerium daraufhin als einzige Polizeigewerkschaft eine umfassende Stellungnahme vor. Parallel beschäftigt sich der GBV unter Hochdruck mit der Frage der Auswirkung einer Legalisierung auf den Straßenverkehr.

Als aus dem Referentenentwurf ein Gesetzentwurf wird, finden sich darin auch GdP-Forderungen wie der Wegfall des (unkontrollierbaren) Rauchverbots in geschlossenen Fahrzeugen in Gegenwart von Schwangeren und Personen unter 18 Jahren wieder.

Dennoch besteht weiterhin eine Vielzahl unzureichender Bestimmungen im Gesetzentwurf, die einer Entlastung der Polizei entgegenstehen. Als lauteste Stimme der Polizei bringt die GdP ihre Position in vielen persönlichen Gesprächen mit Entscheidungsträgern zum Ausdruck. Im Zuge dessen kündigt die Politik an, die GdP im weiteren parlamentarischen Verfahren prozessbegleitend zu hören.

CANNABISGESETZ (CanG)

Legalisierung konstruktiv begleitet

Seit dem 1. April 2024 ist das Cannabisgesetz (CanG) in seiner ersten Stufe in Kraft. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat den Gesetzgebungsprozess über zwei Jahre von Anfang an konstruktiv als einzige Gewerkschaft für Polizeibeschäftigte begleitet. Ein Rückblick ...

Winter 2023

Der Gesundheitsausschuss lädt zur öffentlichen Sachverständigen-Anhörung. GdP-Vize Alexander Poitz ist als einziger Vertreter einer Polizeigewerkschaft vor Ort.

Auch auf der Tagung der Innenministerkonferenz ist die geplante Legalisierung ein zentrales Thema. Es wird deutlich: Die Argumente der GdP kennt man in den Innenministerien der Länder offenbar sehr genau.

Februar 2024

Am 23. Februar beschließt der Deutsche Bundestag die Annahme des „Gesetzes zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften“. Die GdP appelliert daraufhin an die Mitglieder des Bundesrates, dies durch Anrufung des Vermittlungsausschusses zu verhindern und sich für weitere, umfassende Gesetzesänderungen starkzumachen.

1. April 2024

Das Cannabisgesetz tritt in Kraft.

Frühjahr 2024

Eine Verschärfung der Evaluationsklausel mit Blick auf die Schwarzmarkt-Auswirkungen und die von der GdP eingebrachte Forderung verbesserter polizeilicher Handlungsfähigkeit für OK-Ermittlungen durch StGB-Anpassungen halten Einzug in den Gesetzentwurf.

März 2024

In der Länderkammer findet sich keine Mehrheit dafür, auf die Bremse zu treten, um noch Änderungen herbeizuführen. Vor dem Hintergrund der kritischen Stimmen, zu denen auch die GdP zählt, soll eine baldige Überarbeitung des gesetzlichen Regelwerks, insbesondere hinsichtlich Fragen der Prävention vollzogen werden.

GdP – die prägnanteste Fürsprecherin der Polizei

Online-Berichte

1.300

Print-Artikel

300

Die GdP hat ihre Position nicht nur im persönlichen Austausch mit einer Vielzahl politischer Entscheidungsträger zum Ausdruck gebracht, sondern auch die mediale Debatte von Anfang an entscheidend mitgeprägt. ■

ANZEIGE

Job an den Nagel hängen?

Erwerben Sie eine sofort verfügbare GmbH z.B. mit erteilter Erlaubnis gem. § 34a GewO (Sicherheit & Bewachung). Auch Gesellschaften aus anderen Branchen verfügbar.

**JETZT IN DIE
SELBSTSTÄNDIGKEIT!**

weitere Infos unter:
0241 / 16 06 68 -0
cofa.de info@cofa.de

oder direkt zu unserem
Portfolio:



Innenleben



Die verdiente Preisträgerin Diana Arnold freut sich über die Vor-Ort-Gratulation von Sven Hüber, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender.

HELENE-WEBER-PREIS

Vorbildliches Engagement ausgezeichnet

Die baden-württembergische GdP-Kollegin Diana Arnold ist im März von Bundesfrauenministerin Lisa Paus mit dem Helene Weber-Preis ausgezeichnet worden. Arnolds Ziel ist es, mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu begeistern. In ihrer Heimatkommune wirkt sie als Vorsitzende der CDU-Fraktion im Rottenburger Gemeinderat, Ortsvorsteherin und Vorsitzende der Frauen Union.

MICHAEL ZIELASKO

In der GdP Baden-Württemberg bekleidet Diana Arnold das Amt der stellvertretenden Landesvorsitzenden, zuständig für den Beamtenbereich. Für den Landesbezirk sitzt Kollegin Arnold zudem im Bundesfachausschuss Beamten- und Besoldungsrecht der Gewerkschaft der Polizei (GdP). So ließ es sich der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Sven Hüber, der dem Bundesfachausschuss vorsitzt, nicht nehmen, seiner Kollegin vor Ort in Berlin zu gratulieren. „Wir sind sehr froh, dass wir Kolleginnen wie Diana Arnold in unseren Reihen wissen. Ihr Engagement ist vorbildlich und motiviert sicherlich andere Kolleginnen und Kollegen, sich in der GdP in Funktionen und

Ämtern einzubringen. Im Namen der GdP danke ich ihr herzlich.“

Mit dem Helene Weber-Preis werden Neueinsteigerinnen in der Kommunalpolitik ausgezeichnet –unabhängig von Alter und Parteizugehörigkeit. Geehrt werden sie für ihre „herausragenden kommunalpolitischen Leistungen in den Bereichen Zivilgesellschaft, Frauen, Gleichstellung und Vielfalt“. Der Preis „ist eine bundesweite Initiative zur Förderung der politischen Partizipation von Frauen und der einzige überparteiliche Preis für Kommunalpolitikerinnen in Deutschland“.

Die Unionspolitikerin Helene Weber († 25. Juli 1962) ist eine der vier „Mütter des Grundgesetzes“. Für das Grundgesetz ist erkämpft hat sie den Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. ■

Innenleben

BFA WASSERSCHUTZPOLIZEI

Großlagen bewältigen

Ende Februar kam in der Berliner Bundesgeschäftsstelle der Gewerkschaft der Polizei (GdP) der Bundesfachausschuss Wasserschutzpolizei zusammen. Claus Oppoli (Landesbezirk Hamburg) rutschte als Vertreter eines Kollegen dazu. Ein Tagungsbericht.

CLAUS OPPOLI

Michael Mertens, GdP Vize und im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständiges Mitglied für die Wasserschutzpolizeien übergab nach seiner online überbrachten herzlichen Eröffnung und Begrüßung das Zepter an den WSP-Bundesfachausschussvorsitzenden Frank Jackes (NRW). Es folgte ein gewerkschaftlicher Situationsbericht des Kollegen Mertens, der insbesondere auf die bis dahin noch anstehende Legalisierung von Cannabis bis zur kommenden

EURO 2024 reichte. Die Auswirkungen der Legalisierung werde auch die Wasserschutzpolizeien beschäftigen, da der bisher nicht festgelegte Grenzwert und fehlende Testgeräte länderübergreifend dieselben Problematiken aufwerfe.

Arbeits- und dienstzeitrechtliche Regelungen stünden ebenfalls aus, zudem wurde ein möglicher „Cannabistourismus“ aus den angrenzenden Staaten thematisiert.

Das Topthema der Tagung war die Bewältigung von Großlagen, bei denen die Wasserschutzpolizei länderübergrei-



Die Mitglieder des Bundesfachausschusses Wasserschutzpolizei.

fend arbeiten muss und dazu Maritime-Einsatz-Einheiten (MEE) aufgerufen werden. Die MEE versteht sich als geschlossen agierende wasserschutzpolizeiliche Besatzung auf speziellen Schlauchbooten. Sie wird aufgrund besonderer Qualifikationen den Spezialkräften zugeordnet.

Interessant wird in diesem Zusammenhang die Anzahl der WSP-Mitarbeitenden der einzelnen Bundesländer. Spanne und Anbindung in die Polizei variieren enorm und ergeben in den Grenzwerten im unteren Bereich eine einstellige Zahl und

im Spitzenwert rund 500. So unterschiedlich wie die Wasserschutzpolizeien sind, so unterschiedlich sind auch die Ausstattungen. Der BFA WSP hat die offensichtlichen Mängel herausgearbeitet. Diese werden in den betroffenen Ländern weiterbearbeitet, um eine Harmonisierung der MEE anzustreben. Bei gleichen Einsatzbedingungen müssen qualitativ gleichwertig ausgestattete und qualifizierte Mitarbeitende verlässlich bis in den Einsatzraum Küstenmeer entsendet werden können. ■

ANZEIGE

Zuhause tanken kann so einfach sein

Machen Sie die Süwag Wallbox zu Ihrer privaten Stromtankstelle. Mehr unter [suewag.de/wallbox-gdp](https://www.suewag.de/wallbox-gdp)



Meine Kraft vor Ort

Süwag

Jetzt 10 % Rabatt sichern!

VERTRAUENSLEUTE

Für dich da.



„Als Vertrauensmann
höre ich dir zu – denn bei
uns steht der Mensch im
Mittelpunkt.“

Yannis

Wir hören

dir zu.

Klick clever!

Finde das passende Angebot für Dich!



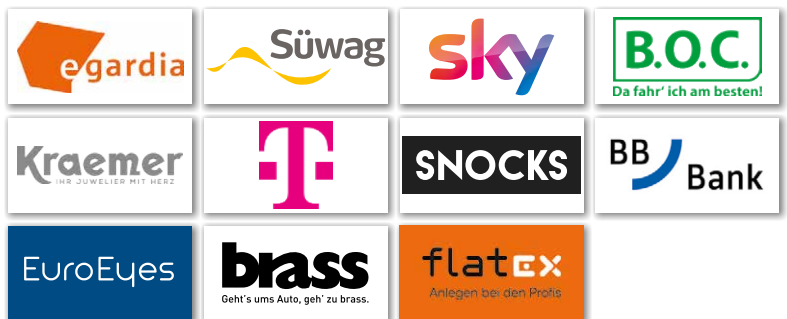
GdP-Plus
Partner

Das GdP-Partnerprogramm exklusiv für
Dich als GdP-Mitglied und Deine Familie!



Easy-Login

www.gdp.de > Dein GdP-Plus



Hinweis: Euer Ansprech- und Vertragspartner ist das jeweilige Unternehmen! Weitere Infos: www.GdP.de

Innenleben



LSBTIQ UND POLIZEI

Eine queere Zwischenbilanz

Die Akzeptanz für lesbische, schwule, bisexuelle, transidente, intergeschlechtliche und weitere queere (LSBTIQ) Mitglieder in der Polizei wächst – wenn auch langsam. Im Dienstalltag sehen sie sich dennoch oft mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert. Joshua Thuir und Vanessa Winterscheidt mit einem Plädoyer für mehr Aufklärungs- und Antidiskriminierungsarbeit zum internationalen Diversity-Tag am 28. Mai.

Joschua Thuir und Vanessa Winterscheidt

Wir müssen die Realität queerer Menschen innerhalb der Polizei sichtbar machen, um so ein inklusives und sicheres Arbeitsumfeld für LSBTIQ-Polizeibedienstete zu schaffen. In erster Linie bedarf es hierzu politischer Aufklärungs- und Antidiskriminierungsarbeit innerhalb der Polizeibehörden durch geschultes Personal.

Menschenrechte schützen

Jede Person, die den Polizeidienst antritt, schwört einen Eid auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Eid beinhaltet auch, die darin verankerten Grundrechte zu achten und zu schützen. Unser

Grundgesetz sieht nicht nur ein ausdrückliches Diskriminierungsverbot vor, sondern garantiert jedem Menschen das Recht auf Selbstbestimmung. Dieses Recht haben staatliche Organe anzuerkennen. Dies scheint jedoch noch nicht im allgemeinen Bewusstsein angekommen zu sein. Es ist uns als Gewerkschaft ein Ziel, durch Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit, das Verständnis für die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht nur innerhalb der Mitgliedschaft, sondern auch darüber hinaus zu steigern. Wir müssen aufzeigen, dass Antidiskriminierungsarbeit der politischen Neutralitätspflicht nicht nur nicht entgegensteht, sondern Teil unserer Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte ist.

Fortbildung anbieten

Ebenfalls Bestandteil der notwendigen Aufklärungsarbeit muss sein, allen Polizeibediensteten wesentliche Grundkenntnisse über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu vermitteln. Sich mit Transidentität und Intergeschlechtlichkeit sowie Verfahren zu Personalstandsänderungen zu beschäftigen und die wichtigsten Grundbegriffe auseinanderhalten zu können, ist Voraussetzung für einen souveränen und rechtssicheren Umgang mit Betroffenen. Zu-

BASISLEHRBUCH KRIMINOLOGIE

Von **Stefanie Kemme** und **Eva Groß**.



1. Auflage 2023

Umfang: 486 Seiten

Format: Broschur, 14,8 x 20,8 cm

Preis: 35,00 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0924-0

VDP eBook

Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 34,99 € [D]

Das vorliegende Buch gibt einen Überblick über den kriminologischen Forschungsstand unter besonderer Berücksichtigung des Blickwinkels der Polizei. Die Autorinnen vermitteln grundlegendes Wissen über die zentralen kriminologischen Fragestellungen nach den Entstehungszusammenhängen, Erscheinungsformen, Vorbeugungs- und Bekämpfungsmöglichkeiten sowie geeigneten Sanktions- und Behandlungsformen von Kriminalität. Zudem zeigen sie für jedes besondere Kriminalitätsfeld einen konkreten Bezug zur praktischen Polizeiarbeit auf.

Im 1. Teil des Werks beschäftigen sie sich mit den klassischen Themen (Geschichte der Kriminologie, Kriminalitätstheorien, Viktimologie, Kriminalitätswahrnehmung, usw.), während sie sich im 2. Teil den besonderen Kriminalitätsfeldern zuwenden (z.B. Gewaltkriminalität, Sexualdelikte, Stalking, Drogenkriminalität, Kriminalität im Kontext von Migration, Hasskriminalität). Jedes Kapitel enthält einen einleitenden Fragenkatalog und schließt mit einer Aufzählung der wichtigsten Merkposten zum besprochenen Thema. Zahlreiche Fallbeispiele, Schaubilder und Statistiken unterstützen Leserinnen und Leser zusätzlich.



DIE HERAUSGEBERINNEN

Frau Professorin Dr. jur. Dipl. Psych. Stefanie Kemme lehrt Kriminologie und Jugendstrafrecht an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

Frau Professorin Dr. Eva Groß lehrt Kriminologie und Soziologie an der Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

dem können durch die Vermittlung von Wissen auch das Verständnis für die Thematik gesteigert und entsprechende Vorurteile abgebaut werden, wovon wiederum auch queere Kolleginnen und Kollegen profitieren werden.

Sprache, die verletzt

Vielfach unterschätzt, aber dennoch unerlässlich, ist außerdem die Sensibilisierung der Belegschaft in Bezug auf einen diskriminierungsfreien Sprachgebrauch. Häufig ist einzelnen Mitarbeitenden gar nicht bewusst, dass sie durch ihre Wortwahl jemanden verletzen oder angreifen könnten. Dies kann daran liegen, dass kein Bewusstsein für die Bedeutung und Kraft verwendeter Begriffe wie beispielsweise „Transe“ besteht. Oder, weil die Nutzung bestimmter Wörter als Beleidigung oder Abwertung, wie zum Beispiel „schwul“ nicht als problematisch erkannt wird.

Solidarität der Dienstgruppe

Auch heute werden noch Begrifflichkeiten genutzt, um sich von queeren Menschen ab-

zugrenzen und diese verächtlich zu machen. Dieses Verhalten muss erkannt, unterbunden und angesprochen werden, wenn die Polizei ein sicheres Arbeitsumfeld für queere Menschen werden soll. Vorgesetzte, die Kenntnis von solcherlei Vorfällen bekommen, müssen entschlossen einschreiten, anstatt Situationen zu verharmlosen. Dazu müssen sie sich ihrer Verantwortung, aber auch ihrer Zuständigkeiten bewusst sein. Queere Polizeibedienstete müssen sich im Falle von Anfeindung oder Ausgrenzung auf die Solidarität ihrer Dienstgruppen und den Schutz ihrer Vorgesetzten verlassen können. Stattdessen geben einige Betroffene aus Angst vor Spott oder Benachteiligung ihre wahre Identität in ihrem dienstlichen Alltag nicht preis. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass Polizeibedienstete ihre Stimme erheben, wenn sie Unrecht erkennen - auch untereinander.

Zieh mit!

Die Bundespolizei veröffentlichte im letzten Jahr eine Präventionskampagne mit dem Slogan: „Zieh mit! Gemeinsam gegen Intoleranz“. Darin wird auf den Umstand aufmerksam gemacht, dass Personen aus der

LSBTIQ-Community häufig von körperlicher und verbaler Gewalt betroffen sind und deshalb eines besonderen Schutzes und einer gesteigerten Solidarität bedürfen. Durch die Entwicklung und Veröffentlichung solcher oder ähnlicher Projekte können wir ein größeres Bewusstsein für die Probleme queerer Menschen schaffen. Teilweise wurden die Plakate dieser Kampagne aus der Belegschaft heraus durch Unbefugte entfernt. Einzelne Mitarbeitende haben ihren Unmut über die Kampagne geäußert. Teilweise schienen einzelne Zuständige die Verbreitung gezielt zu boykottieren. Auch diese Umstände zeigen uns, wie notwendig queere Aufklärungsarbeit derzeit ist.

LSBTIQ-Ansprechpersonen

Der letzte wichtige Schwerpunkt in unserer Arbeit sollte zudem die Implementierung von Ansprechpersonen für LSBTIQ in allen Polizeibehörden sein. Diese Kontakte können einen sicheren Raum bieten, in dem Betroffene von Queerfeindlichkeit ihre Erfahrungen teilen können - sowohl inner- als auch außerdienstlich. Queere Menschen brauchen Vertrauenspersonen, die ihnen Verständnis und Unterstützung entgegenbringen, statt ihre Erlebnisse zu verharmlosen oder sogar zu verleugnen. Zudem können Ansprechpersonen für LSBTIQ ein geplantes Outing begleiten oder einfach nur ein offenes Ohr anbieten. Leider gibt es bei den Landespolizeibehörden in Thüringen und Bayern noch keine beauftragten Ansprechpersonen. Auch die Bundespolizei stellt für ihre Kräfte in Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland bislang keine Ansprechpersonen zur Verfügung.

Schließ dich an

Die GdP hat bereits wichtige Schritte unternommen, um der Gleichstellung queerer Menschen näherzukommen. Jedoch haben wir noch einiges vor uns. Durch kontinuierliche Zusammenarbeit und offene Dialoge, wie zuletzt bei der LSBTIQ-Fachtagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), können weitere Fortschritte erzielt werden. Wir wollen ein inklusives und sicheres Arbeitsumfeld schaffen. Miteinander und für einander. ■



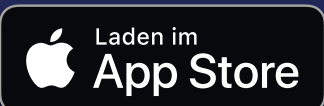
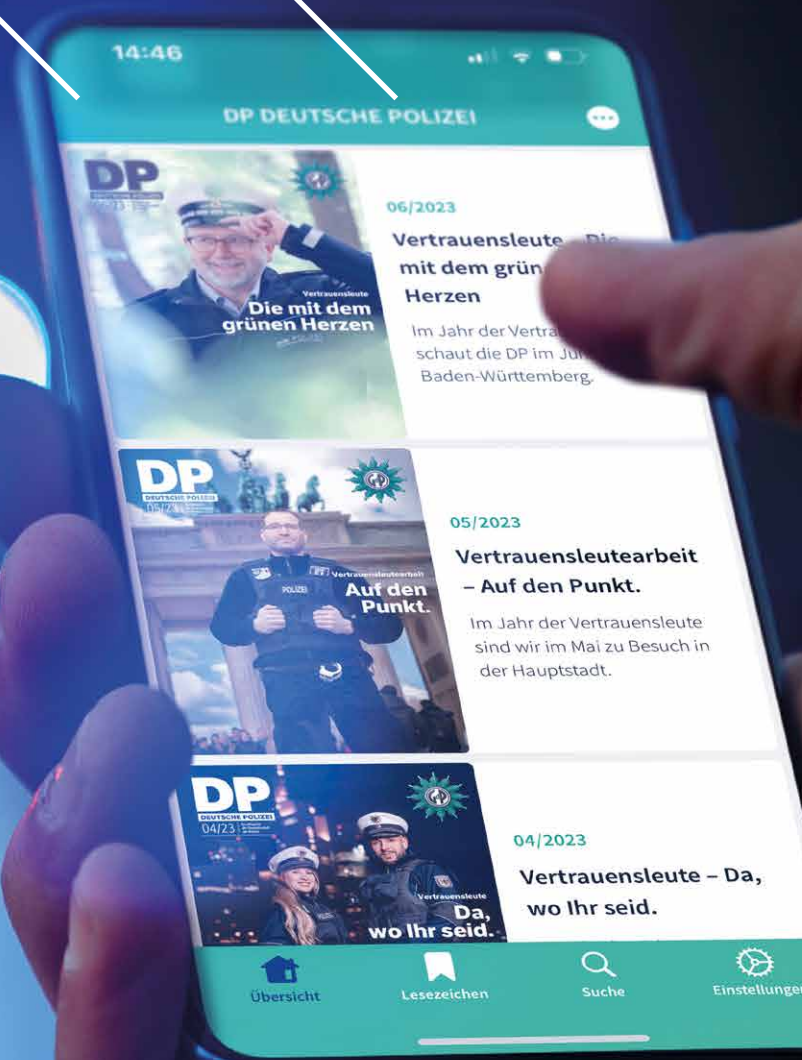
ZUGRIFF IN SEKUNDEN



Dein Landesbezirk Deine Themen

Alle Themen rund um Polizei und Ausrüstung aus DP DEUTSCHE POLIZEI und POLIZEIPRAXIS hast du mit der DP-App jederzeit in der Hand.

Neben dem Bundesteil der DP findest du hier natürlich auch alle Landesteile.



Tarif

EINGRUPPIERUNG

Atomisierung?

Nicht mit uns!

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat die Eingruppierungspraxis mit seiner Rechtsprechung zur Bildung von Arbeitsvorgängen sehr stark zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geprägt. Die Bildung von Arbeitsvorgängen spielt bei der Eingruppierung eine tragende Rolle, eine fehlerhafte Vorgehensweise kann hier zu Unterschieden von mehreren Entgeltgruppen führen.

Veronika Ziersch



Aber was genau ist eigentlich das Problem? Atomisierung! Gemeint ist damit die zu kleinteilige Aufspaltung von Arbeitsvorgängen. Beispiel: Eine Beschäftigte bearbeitet Versetzungen, der korrekt gebildete Arbeitsvorgang würde hier lauten: „unterschriftsreife Bearbeitung von Versetzungen“. Dieser Vorgang führt zu einem sinnvoll abgrenzbaren Arbeitsergebnis, was den Vorgaben der klarstellenden Rechtsprechung entspricht.

Unzulässige Abspaltungen

Leider kommt es immer wieder vor, dass ein solcher Vorgang weiter „zerkleinert“ wird. Nicht selten liest man in Tätigkeitsdarstellungen Arbeitsvorgänge wie „Allgemeine Büroarbeiten“, „Vervielfältigung von Dokumenten“ oder „Schriftverkehr“. Hierbei handelt es sich um die unzulässige Abspaltung von sogenannten Zusammenhangstätigkeiten, die selbstverständlich bei der Bearbeitung von Versetzungen anfallen und keinesfalls eigene Arbeitsvorgänge darstellen.

Gleiches gilt natürlich auch für körperlich – handwerklich geprägte Tätigkeiten. So gehört die „Pflege und Wartung von Nähmaschinen“ zur Instandsetzung von Dienstbekleidung und das „Kehren der Lagerräume“ zur Arbeit eines Gerätewartes.

Für eine faire Lohngestaltung

Bei den Zusammenhangstätigkeiten handelt es sich regelmäßig um niedrig bewertete Arbeitsschritte, die – je nach Zeitanteil – im Ergebnis zu einer geringeren Eingruppierung führen. Trotz wiederholt klarstellender Rechtsprechung handelt es sich hier um eine gängige Verfahrensweise der Arbeitgeberseite. Versuchen der Arbeitgeberseite, sich im Rahmen von Tarifverhandlung gegen die Haltung des BAG zu stemmen, hatte sich die Gewerkschaft der Polizei bereits in der Vergangenheit erfolgreich in den Weg gestellt. Wir werden uns weiterhin gemeinsam für eine tarifkonforme und faire Lohngestaltung im Sinne unserer Kolleginnen und Kollegen stark machen!

Hast Du Fragen zu Deiner Tätigkeitsbeschreibung? Dann besuche doch einmal wieder Deine Kreisgruppe oder Deinen GdP geführten Personalrat!

Setzt Du Dich in der Gremienarbeit für Deine Kolleginnen und Kollegen ein, fühlst Dich aber manchmal von den Vorschriften, Gesetzen und Verfügungen im Zusammenhang mit dem Tarif- und Arbeitsrecht überfordert?

Kein Problem! Die Tarifexperten Deiner Gewerkschaft der Polizei stehen Dir mit Rat und Tat zur Seite, darüber hinaus gibt es attraktive Bildungsangebote zum Thema Tarifrrecht im Bildungsprogramm der GdP. Melde Dich gleich an!

DP-Autorin Veronika Ziersch ist die stellvertretende Vorsitzende der Frauengruppe für den GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll. Die stetige Fortentwicklung der Arbeitsbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten für die Tarifbeschäftigten liegen ihr ganz besonders am Herzen.

PRÜFUNGSTRAINING VERKEHRSRECHT

Von **Thomas Miethe** und **Patrick Kiehne**.

FÜR DAS GRUNDSTUDIUM

1. Auflage 2022

Umfang: 106 Seiten

Format: 13 x 19 cm, Broschur

Preis: 18,00 € [D] / ISBN 978-3-8011-0919-6

FÜR DAS HAUPTSTUDIUM

1. Auflage 2022

Umfang: 144 Seiten

Format: 13 x 19 cm, Broschur

Preis: 22,00 € [D] / ISBN 978-3-8011-0917-2



Mit diesen Büchern können Sie sich gezielt auf eine Klausur oder andere Prüfung im Verkehrsrecht vorbereiten. Anschaulich und kompakt werden Sie mit Hilfe von Erläuterungen, Grafiken, Klausurbeispielen und Übungen optimal auf ihre Prüfung vorbereitet. Die Autoren orientieren sich inhaltlich dabei am Curriculum der Hochschule für Polizei und Verwaltung NRW. Der Schwerpunkt in der Darstellung liegt dabei auf den klassischen klausurrelevanten Problemstellungen.

DIE AUTOREN

Thomas Miethe, Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster.

Patrick Kiehne, Dozent für Verkehrsrecht und Verkehrslehre, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Abteilung Münster.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

GEHÖRLOS

IM POLIZEIDIENST

Corinna Zimmermann ist Sachbearbeiterin in der Datenforensik der Polizeiinspektion Braunschweig – und gehörlos. In DP erzählt sie, was das für ihren Dienstalltag bedeutet, und erklärt ihre Faszination für die Polizei. Ein Gespräch über dumme Fragen, Boybands der 1990er-Jahre und anzügliche Versprecher in der Gebärdensprache.



gesprochene Worte. Das funktioniert, und zwar erstaunlich schnell!

Mein Traumberuf

Es sei schon immer ihr Traum gewesen, für die Polizei zu arbeiten, erzählt Corinna. Aber: „Als Gehörlose war das lange Zeit nicht möglich. Dabei habe ich immer gedacht und gehofft, dass es doch einen Weg geben muss.“ Dass der Vollzugsdienst unter diesen Umständen für sie nicht in Frage komme, war der gebürtigen Hessin klar. Doch alles halb so wild: Die Polizei ist schließlich ein facettenreicher Arbeitgeber mit vielen Beschäftigungsmöglichkeiten. „Ja, aber meine erste Bewerbung war leider erfolglos“, gebärdet Corinna.

DANICA BENSMAIL

Corinna Zimmermann winkt in die Kamera. Neben ihr sitzt eine Gebärdensprachdolmetscherin. Gut so, denn zu Beginn unseres Gespräches ist mein Gebärdenwortschatz (noch) gleich null. Ich begrüße Corinna und bedanke mich für ihre Zeit. Die Dolmetscherin übersetzt meine Worte in Gebärden und Corinnas Antwort in

Aller guten Dinge sind drei

Doch auf ihre zweite Bewerbung erhält sie eine Einladung zu ei-

„ Ich mag Musik. Besonders dann, wenn sie viel Bass hat. Da kann ich die Vibration fühlen.“

nem persönlichen Gespräch. „Ich hatte eigentlich ein gutes Gefühl, aber am Ende hat es wieder nicht geklappt. Ich war danach unglaublich traurig. Meinen Traum, bei der Polizei zu arbeiten, wollte ich trotzdem nicht aufgeben.“ Einige Zeit später empfängt Corinna von der Behörde eine Nachricht, dass es nun eine Stelle gebe, die auf ihre Ausbildung als Kauffrau für Bürokommunikation passe. „Ich wurde genommen und hatte am 1. September 2021 meinen ersten Arbeitstag.“ Klasse!

Schicke Uniform!

Verlorene Handys, gestohlene Autos, vermisste Personen: All diese Vorgänge und mehr landen auf Corinnas Schreibtisch. „Ich habe viel mit gestohlenen Fahrrädern und verlorenen Bankkarten zu tun, bin aber auch zuständig für die Sachbe-

arbeitung bei der Fahndung vermisster Personen und bearbeite Fälle zu häuslicher Gewalt.“ Ein ganz schön breites Spektrum und wahrscheinlich um Längen spannender als bei ihrem vorherigen Arbeitgeber, einem schwedischen Textilhändler, oder? Corinna lächelt und nickt. „Die Arbeit ist wirklich spannend und die Uniform finde ich auch sehr hübsch“, übersetzt die Dolmetscherin und alle brechen in lautes Gelächter aus. „Das Grün von damals war nicht so meins, aber das Blau sieht sehr gut aus“, gebärdet Corinna und schmunzelt.

Mangelnde Barrierefreiheit

Corinnas Eltern sind auch gehörlos. „Ich bin mit Gebärdensprache aufgewachsen. In der Schule wurde überwiegend gesprochen und nicht gebärdet. Das war anstrengend“, erzählt die Polizeibeschafterin. Im Alltag gebe es bis heute noch immer viele Situationen, die gehörlose Menschen nicht berücksichtigten. „Wenn meine Eltern und ich auf den Bus oder die Bahn gewartet haben, konnten wir die Lautsprecherdurchsagen nicht hören. Dann steht man da und wundert sich, warum die Leute auf einmal alle weg sind.“ Die Barrierefreiheit in Deutschland nehme zu, stellt Corinna fest. „Aber im Vergleich zu Amerika und China hinkt die Bundesrepublik noch ganz schön hinterher. Da sind uns andere Länder voraus.“

Gehörlos im Alltag

Sie habe noch ein Resthörvermögen und mit Hilfe ihrer Hörgeräte funktioniere die Kommunikation mit Hörenden in Beruf und Privatleben auch ganz gut, erzählt Corinna. Um privat zu kommunizieren, nutze sie unter anderem Telefondienste. „Ich kann per Video dort anrufen, gebärde, was ich ausdrücken möchte, und Ge-

bärdensprachdolmetscher rufen die hörende Person an, die ich kontaktieren möchte. Früher hat meine Oma das für mich gemacht.“ Im Dienst kommen Dolmetscher zum Einsatz. „Wenn ich privat mit Hörenden kommuniziere, bitte ich darum, dass mein Gegenüber langsam spricht und mich anschaut. Meistens kommunizieren wir schriftlich.“ Aber sie kann doch bestimmt auch von den Lippen ablesen, oder? Corinna schüttelt den Kopf. „Leider nicht perfekt. Aber Stimmen kann ich hören. Musik auch, nur den Inhalt verstehe ich nicht.“

Hauptsache Bass

Wenn die Batterie von ihrem Hörgerät alle sei, klinge ihre eigene Stimme irgendwie anders. Das sei ein komisches Gefühl, gebärdet Corinna. „Dann bin ich ganz schüchtern.“ Apropos schüchtern, so fühle ich mich auch gerade ein wenig. Ich habe einen Haufen dummer Fragen zu Corinnas Alltag, aber traue mich nicht so recht, sie zu stellen. Corinna winkt ab. Ich solle ruhig fragen, gebärdet sie und nickt mir auffordernd zu. Na gut, weil sie es selbst angesprochen hat, hake ich nach: Wenn sie Musik hören kann, was hört sie am liebsten? Die Antwort kommt wie aus der Pistole geschossen: Backstreet Boys, gebärdet Corinna und lächelt. „Ich mag Musik. Besonders dann, wenn sie viel Bass hat. Da kann ich die Vibration fühlen.“

Gehörlos Autofahren?

Ja, das gefällt mir auch! Ich höre Musik besonders gerne beim Autofahren. Noch eine dumme Frage: Dürfen gehörlose Menschen Autofahren? Corinna nickt. „Gehörlose können, glaube ich, seit den 1950er-Jahren den Führerschein machen“, gebärdet sie. Corinna selbst habe auch eine

Fahrerlaubnis. Das Martinshorn von Krankenwagen und Polizei höre sie zwar nicht, das sei aber auch nicht problematisch, schließlich könne sie ja das Blaulicht sehen.

Wie bitte?!?

Und noch eine Frage: Kann man sich bei Gebärdensprache eigentlich auch versprechen oder kommt es auch mal zu Missverständnissen? Corinna nickt und demonstriert die Gebärde für „arbeiten“. Dabei schlägt sie die rechte auf die linke Faust. Das sei in der Öffentlichkeit von dritten nicht als arbeiten, sondern als etwas deutlich Anzüglicheres aufgefasst worden, erklärt sie amüsiert und auch die Dolmetscherin kann sich ein Grinsen nicht verkneifen. Alles klar, verstanden! Es komme mitunter aber auch wegen der verschiedenen Dialekte zu Missverständnissen, erklärt Corinna. Sie sei mit hessischer Gebärdensprache aufgewachsen. In Hamburg seien die Gebärden jedoch ganz anders. „Jetzt arbeite ich in Niedersachsen, da sind wieder andere Gebärden.“

Wie eine Familie

Anfängliche Verständigungsprobleme hin oder her: „Ich wurde sehr herzlich und warm in der PI Braunschweig aufgenommen“, erzählt Corinna. Den Zusammenhalt der oft zitierten Polizeifamilie kann sie nur bestätigen. „Ich finde es auch toll, dass die Kollegen mich ganz offen zum Thema Gehörlosigkeit fragen.“ Ein paar hätten sogar die eine oder andere Gebärde gelernt.

Das möchte ich auch! Corinna nickt. Zum Abschluss unseres Gespräches lege ich die Fingerspitzen meiner rechten Hand an mein Kinn. In einer kurzen Bewegung klappe ich meine Hand samt Unterarm nach vorne: Danke. ■

Hingeschaut

WASSERSCHUTZPOLIZEI

Unzureichende Ausrüstung für den Schutz der kritischen Infrastruktur

Am 15. März nahm das fünfte LNG-Terminal in Deutschland seinen Betrieb auf. Zahlreiche Kräfte der Wasserschutzpolizei (WSP) waren im Einsatz. Auch um politisch motivierte Blockade-Aktionen gegen die Inbetriebnahme zu verhindern. Die GdP war als Beobachterin vor Ort.



Einsatz auf der Nordsee (Dezember 2022)

Mario Tineobald



STEPHAN HEGGER

Am Ende ging alles ganz schnell: Ohne politische Störaktionen konnte die „Energos Force“ in den frühen Morgenstunden des 15. März in die Elbe-Mündung einfahren, dann gegen acht Uhr an ihrem neuen Liegeplatz in Stade festmachen. Bis zu 50 LNG-Schiffe sollen bis 2027 jedes Jahr an dem zur Entladestation umgebauten Flüssigkeitstanker anlegen, um einen Beitrag zur Energiesicherheit in Deutschland zu leisten. Doch die Technik ist politisch umstritten. Auch weil unklar ist, ob die LNG-Versorgung tatsächlich gebraucht wird, um unabhängig von russischen Gaslieferungen zu sein. Vor allem im benachbarten Brunsbüttel kommt es deshalb immer wieder zu Blockaden von Klimaaktivisten gegen ein

Torsten Sommer/GdP Bremen



Torben Sommer/GdP Bremen

MEG HB Gruppenführer Andreas Scheffler

dern gibt es bislang lediglich in Rheinland-Pfalz, Hessen und Bade-Württemberg eigene Maritime Einsatzeinheiten der Polizei (MEE). In Sachsen, Brandenburg und Berlin werden sie gerade aufgebaut. „Die Ausrüstung der meisten MEE’s ist aber nur für Binnengewässer ausgelegt. Ihr Einsatz an der Küste ist bedenklich“, warnt BFA-Vorsitzender Jackes. In einem Anfang des Jahres vorgelegten Positionspapier zur Ausrüstung der Maritimen Einsatzeinheiten fordert der Bundesfachausschuss, dass alle MEE’s mit Feststrumpfschlauchbooten ausgestattet werden. Zudem müssen für alle im Küstenbereich eingesetzten Kräfte ein Überlebensanzug auf See, Handschuhe für alle Jahreszeiten, einen Helm mit Kommunikationsausrüstung, wasserdichte Bootsstiefel und eine beschlagfreie Schutzbrille zur Verfügung stehen. ■

dort im Bau befindliches weiteres LNG-Terminal. Um ähnliche Störaktionen zu verhindern, waren in Stade mehr als 500 Polizistinnen und Polizisten im Einsatz. Darunter auch etliche WSP-Kräfte aus küstenfernen Bundesländern. Der Grund: Nur 1.300 der bundesweit rund 2.500 Bediensteten der Wasserschutzpolizei kommen aus den fünf norddeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Bremen. Kommt es zu größeren Einsätzen, werden regelmäßig Kräfte aus anderen Bundesländern als Verstärkung hinzugezogen.

Küstentaugliche Ausstattung für alle WSP-Kräfte

Für die GdP ist der Einsatz von WSP-Kräften aus anderen Bun-

desländern bei Großeinsätzen folgerichtig. Sie dringt aber darauf, dass auch die Kräfte aus den küstenfernen Bundesländern, die bei Großeinsätzen an der Nord- und Ostsee als Verstärkung hinzugezogen werden, so ausgestattet werden können. „Die bisherige Praxis, die Lücken bei der Wasserschutzpolizei in den Küstenländern durch Kräfte aus anderen Bundesländern aufzufüllen, die lediglich einen Sportbootführerschein See mitbringen, reicht nicht“, kritisiert der stellvertretende GdP-Vorsitzende Michael Mertens. Mertens, der zusammen mit dem Vorsitzenden des WSP-Bundesfachausschusses Frank Jackes den Einsatz in Stade begleitet hat, fordert, „dass alle Polizistinnen und Polizisten, die an der Küste eingesetzt werden, über die er-

forderliche nautische und seemännische Qualifikation verfügen.“

Zudem kritisiert die GdP die Ausrüstung der WSP. Abgesehen von den Küstenlän-

REISEMARKT

ANZEIGE

SOMMER PAUSCHALE

ALL IN ONE






POST HOTEL
★★★★

1 Woche Halbpension & Silvrettacard

ab € 686,-

KOSTENLOS INKLUSIVE

Alle Bergbahnen in Paznaun/Silvretta, Wanderbus, geführte Wanderungen, MTB-Verleih, 4-Gang Abendmenü, Wellness mit Gartensauna, Tolles Programm für Kinder & Jugendliche vom TVB; Kinderermäßigung.

BADESEE MIT FREIZEITANLAGE

www.postsee.at info@postsee.at

Familie Handle
A-6553 See, Au 164
T +43-5441-8219

Hingeschaut



Anke Thomass/stock.adobe.com

URTEIL DES BUNDESFINANZHOFES

Werbungskosten für Pensionärinnen und Pensionäre

Gute Nachrichten für alle in der GdP aktiven pensionierten Ruheständler: Aufwendungen von Pensionärinnen und Pensionären im Zusammenhang mit ihrer ehrenamtlichen Gewerkschaftstätigkeit sind als Werbungskosten bei ihren Versorgungsbezügen zu berücksichtigen.

MAGDALENA KEMPA

Zu dieser Auffassung kommt der Bundesfinanzhof, dessen Entscheidung der nachfolgende Sachverhalt zugrunde liegt: Die Klägerin bezieht als pensionierte Landesbeamtin Versorgungsbezüge. Bis zum Eintritt in den Ruhestand war sie hauptamtlich für eine Gewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund tätig und hierfür von ihrem Dienstherrn freigestellt. Seit dem Eintritt in den Ruhestand ist die Klägerin für verschiedene Gremien der Gewerkschaft ehrenamtlich tätig.

Das Finanzgericht Berlin-Brandenburg und der Bundesfinanzhof gaben der Klägerin recht. Pensionärinnen und Pensionäre dürfen Werbekosten von der Steuer abset-

zen, wenn ein objektiver Zusammenhang zum Beruf besteht, unabhängig davon, ob eine tatsächliche Lohnerhöhung erfolgt. Die ehrenamtliche Tätigkeit der Klägerin in der Gewerkschaft und die dadurch bedingten Aufwendungen stehen im Zusammenhang mit einer möglichen Verbesserung ihrer Einkünfte als Ruhestandsbeamtin und kann daher steuerlich geltend gemacht werden. Gewerkschaften stehen in einem objektiven Zusammenhang mit den Berufen ihrer Mitglieder. Daher wird ein Zusammenhang zwischen den Aufwendungen eines Mitglieds für die Förderung der solidarischen Gemeinschaft und der Berufstätigkeit gesehen.

Denn Gewerkschaften vertreten nicht nur die beruflichen Interessen der berufstätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Beamtinnen und Beamten, sondern auch die Erwerbsinteressen von Pensionärinnen und Pensionäre. So ist jede Forderung der GdP in den Tarifrunden, das Ergebnis zeit- und wirkungsgleich auf den Bereich Besoldung und Versorgung zu übertragen. ■

DP-Autorin Magdalena Kempa war in der Zeit von November 2023 bis März 2024 Praktikantin in der Bundesgeschäftsstelle der GdP. Während ihrer Tätigkeit für die Seniorengruppe hat sie das Urteil des Bundesfinanzhofs ausgewertet.

Zum BFH-Urteil vom 28. Juni 2023, VI R 17/21: „Abzug von Aufwendungen einer Ruhestandsbeamtin im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Gewerkschaftstätigkeit als Werbungskosten“



DP

DEUTSCHE POLIZEI



Nr. 05 | 73. Jahrgang 2024
Magazin und Organ der
Gewerkschaft der Polizei

Erscheinungsweise und Bezugspreis

Monatlich 3,10 € zzgl. Versandkosten
 Bestellung an den Verlag. Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
 Stromstr. 4, 10555 Berlin
 Telefon 030 399921-0
 Telefax 030 399921-200

Redaktion

Michael Zielasko (mzo), Verantwortlicher Redakteur
 Danica Bensmail (dab), Redakteurin
 Jana Biesterfeldt (jab), Redakteurin

Redaktionsassistentz

Johanna Treuber
 gdp-pressestelle@gdp.de
 Telefon 030 399921-113
 Telefax 030 399921-29113

Gestaltung und Layout

Andreas Schulz, karadesign

Titelbild

Foto: Kay Herschelmann

Die unter Verfassernamen veröffentlichten Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DP – DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden gegebenenfalls auf www.gdp.de, der GdP-App und sozialen Medien verbreitet.

Verlag

Deutsche Polizeiliteratur GmbH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
 Forststr. 3a, 40721 Hilden
 Telefon 0211 7104-183
 Telefax 0211 7104-174
 av@vdp-polizei.de

Geschäftsführer

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleitung

Antje Kleuker
 Es gilt die Anzeigenliste Nr. 47 vom 1. Januar 2024.

Bitte wenden Sie sich bei Adressänderungen nicht an den Verlag, sondern an die Landesbezirke und Bezirke. Die Kontaktdaten finden Sie im Impressum des Landes- bzw. Bezirkeits in der Mitte des Heftes.

Druckauflage

186.161 Exemplare
 ISSN 0949-2844



WISSEN, WAS ZÄHLT
 Geprüfte Auflage
 Klare Basis für den Werbemarkt

Herstellung

L.N. Schaffrath Medien GmbH & Co.KG,
 DruckMedien
 Marktweg 42–50, 47608 Geldern
 Postfach 1452, 47594 Geldern
 Telefon 02831 396-0
 Telefax 02831 396-89887
 av@vdp-polizei.de



Eliane Etmüller, Isabel Lang

Islamismus

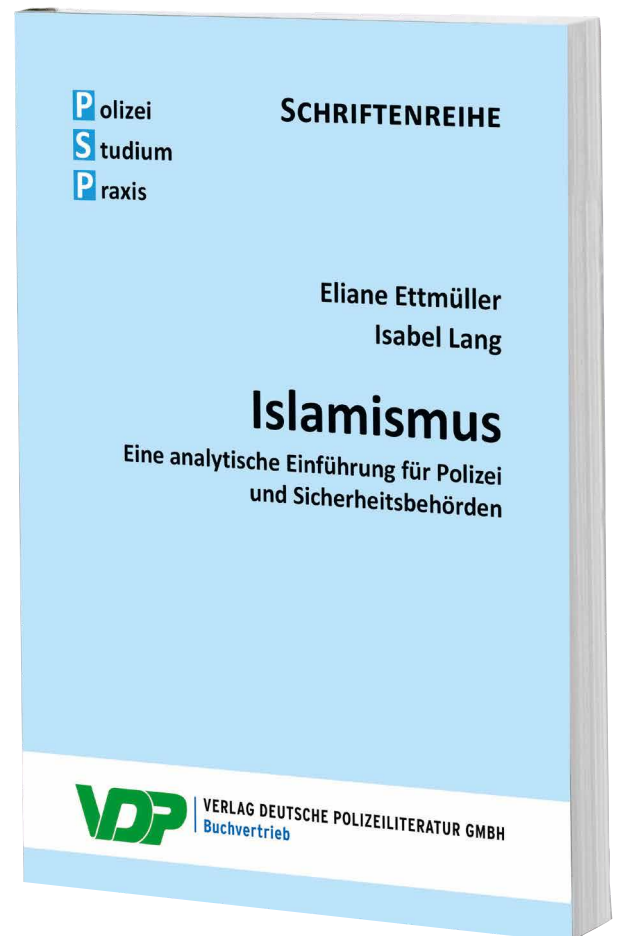
Eine analytische Einführung für Polizei und Sicherheitsbehörden

1. Auflage 2024

Umfang: 186 Seiten / **Format:** 13 x 19 cm Broschur

Preis: 22,00 € [D] / **ISBN:** 978-3-8011-0932-5

Dieses Buch bietet einen umfassenden Einblick in den Islamismus, angefangen bei der Definition bis hin zu aktuellen Herausforderungen für Sicherheitsbehörden. Es klärt über die Unterschiede zwischen Islam und Islamismus auf und beleuchtet dessen ideologische Vielfalt. Wesentliche Merkmale des Islamismus werden detailliert dargestellt. Die Autorinnen gehen zudem auf äußerliche Merkmale ein, die zur Stärkung der islamistischen Gruppenidentität beitragen, und analysieren Gründe für eine Radikalisierung von hauptsächlich jungen Menschen. Sie bieten einen historischen Überblick über den zeitgenössischen Islamismus und dessen Strömungen in Deutschland. Besonderes Augenmerk legen sie auf den Dschihadismus. Drängende aktuelle Phänomene, wie die Online-Aktivitäten von Islamisten und die Rückkehr von IS-Anhängern, werden thematisiert. Das Buch schließt mit Gegenmaßnahmen, Präventionsprogrammen und Handlungsempfehlungen, um die Bedrohung durch den Islamismus effektiv zu bekämpfen.



DIE AUTORINNEN

Dr. Eliane Etmüller ist Islam- und Politikwissenschaftlerin an der Hessischen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit. Sie berät seit 2018 die hessische Polizei.

Dr. Isabel Lang ist Islamwissenschaftlerin. Sie war von 2019 bis April 2023 für die hessische Polizei tätig.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

SPORTLICH UND VIELSEITIG

JAKO Pro Casual Der Begleiter für aktive Tage!

JAKO Pro Casual Serie für Sport- und Freizeitaktivitäten. Alle Produkte bestehen aus einem Soft-Doubleface-Polyester Material, welches sich angenehm weich anfühlt, sehr saugstark und optimal feuchtigkeitsregulierend ist. Der sportive Schnitt und das tonale JAKO Branding sorgen für eine optimale Passform und Bewegungsfreiheit und macht die Serie zu einem echten Hingucker.



JAKO Jacke Pro Casual

- Seitentasche mit verdecktem Reißverschluss
- 77 % Polyester (46 % recycelt), 18 % Viskose, 5% Elasthan

JAKO Polo Pro Casual

- Seitennaht-Schlitz
- Polyester-Stretch-Jersey
- Verlängerter Rücken
- 90 % Polyester (72 % recycelt), 10 % Elasthan

JAKO Jogginghose Pro Casual

- Seitentaschen mit Reißverschluss
- 77 % Polyester (46 % recycelt), 18 % Viskose, 5% Elasthan

JAKO Short Pro Casual

- Seitentaschen mit Reißverschluss
- 77 % Polyester (46 % recycelt), 18 % Viskose, 5% Elasthan

Weitere Detailhinweise unter:
www.osg-werbemittel.de



Bezeichnung	S 44	M 46-48	L 50	XL 52-54	XXL 56	2XL 58-60	3XL 62	4XL 64-66	Preis	Preis
Jacke Pro Casual	250013	250014	250015	250016	250017	250018	250019	250020	☀️ 54,95 €	68,95 €
Polo Pro Casual	250021	250022	250023	250024	250025	250026	250027	250028	☀️ 31,95 €	39,95 €
Jogginghose Pro Casual	250029	250030	250031	250032	250033	250034	250035	-	☀️ 48,95 €	61,95 €
Short Pro Casual	250036	250037	250038	250039	250040	250041	250042	250043	☀️ 34,95 €	43,95 €



**ORGANISATIONS- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Werbemittelvertrieb · Postfach 10 03 09 · 40703 Hilden
Tel. 0211 7104-168 · Fax 0211 7104-4165
osg.werbemittel@gdp.de · www.osg-werbemittel.de

Letzter Bestelltermin: 31.05.2024

Bestellungen unter 100,- € zzgl. 5,50 € Versandkosten!

Weitere Polizeiartikel und nützliche
Produkte finden Sie unter:

www.osg-werbemittel.de